Nr. 38

Donnerstag, 15. Februar. 1900

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Zum Gesetzentwurf über die Waarenhaussteuer.

Die Begründung, die dem Gesetzentwurf über die Besteuerung der Waarenhäuser beigefügt wird, geht von folgenden Erwägungen aus:

„Indem die großen Waarenhäuser die kleinen und mittleren Detailgeschäfte durch die übermäßige Concurrenz erdrücken, mindern sie deren Steuerkraft und beeinträchtigen dadurch das Staat und Gemeinde zufließende Steueraufkommen. Ihre eigenen Steuerleistungen vermögen diesen Ausfall nicht auszugleichen. Denn einmal begnügen sie sich zeitweilig, um zunächst die Concurrenz todt zu machen, mit sehr geringem oder auch gar keinem Nutzen, erzielen daher nur verhältnißmäßig niedrige Erträge. Sodann können sie aber auch dauernd sich mit einer geringeren Verzinsung ihres Anlage- und Betriebskapitals begnügen, und endlich arbeiten sie vielfach mit der Einkommensteuer überhaupt oder doch in der betreffenden Gemeinde entgehendem fremden Kapital."

Dann schildert die Begründung die Versuche, die Gemeinde selbst zu einer Besteuerung der Waarenhäuser anzuregen. Im Mai 1897 wurden den Gemeinden von dem Finanzminister und Minister des Innern neue Muster von Gewerbesteuerordnungen nebst einer Denkschrift mitgetheilt, worin gezeigt ist, wie man progressive Steuern nicht nur nach der Gewerbesteuerklasse, sondern auch nach der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals einführen und hierzu von den großen Betrieben ebenfalls progressive Zuschläge nach der Zahl der beschäftigten Personen und nach dem Miethe- oder Nutzungswerth der dem Betriebe gewidmeten Räume erheben könne und durch eine solche Steuer die großen Waarenhäuser besonders scharf erfaßt werden würden. Die Anregung hatte kein Ergebniß. Die Staatsregierung hat daher, „wiewohl sie nach wie vor der Ansicht war und auch jetzt noch ist, daß ein autonomes Vorgehen der einzelnen Gemeinden den Vorzug verdient und bessere Erfolge würde zeitigen können, schon im vorigen Jahre Vorschläge zu einer landesgesetzlichen Regelung vorbereitet". Für ihre früheren Anregungen macht sie auch heute noch geltend, daß die mitgetheilten Muster von Gewerbesteuerverordnungen vor dem der jetzigen Vorlage, der Zugrundelegung des Umsatzes, den Vorzug verdienten:

Die Maßstäbe des Nutzungswerthes der Geschäftsräume und der Zahl der beschäftigten Personen hatten den Vorzug der leichten äußeren Erkennbarkeit und machten nicht, wie der Umsatz, Controlen der Geschäfte, Einsicht in die Geschäftsbücher, oder überhaupt ein Eindringen in die inneren Geschäftsverhältnisse nöthig. Für die Feststellung des Nutzungswerths der Geschäftsräume ist durch die Gebäudesteuer, durch die an vielen Orten bestehenden besonderen Gemeinde-Grundsteuern nach dem Ertrage oder Miethswerthe sowie in den thatsächlich gezahlten Miethen reichlicher Anhalt gegeben, und die Erfahrungen, die mit den vielerorts eingeführten besonderen Gewerbesteuern nach der Zahl der beschäftigten Personen gemacht sind, haben bewiesen, daß die Ermittlung des der Besteuerung zu Grunde zu legenden „mittleren Standes" der Personenzahl im letzten Jahre keinerlei besondere Schwierigkeiten bereitet.

Die Staatsregierung, so heißt es weiter, wünscht, nachdem sie den Maßstab des Umsatzes in Rücksicht auf die Stimmung im Hause hat wählen müssen, „von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, daß mit diesen Vorschlägen auch die äußerste Grenze erreicht ist, daß für eine Verschärfung des Entwurfs in wesentlichen Punkten auf ihre Zustimmung nicht zu rechnen sein würde. Es gilt dies sowohl von der Begrenzung des Kreises der Steuerpflichtigen, als auch von der Höhe der Steuersätze." Mehr als dürftig sind die Aufstellungen über das finanzielle Ergebniß der geplanten Steuer. Die Begründung meint, daß die Grenze bei 2 Procent des Umsatzes und 20 Procent des Ertrages schon reichlich hoch gegriffen ist und eine weitere Erhöhung nicht verträgt.

„Probeveranlagungen wie auf Grund des früheren konnten allerdings nach dem gegenwärtigen Entwurf nicht veranlaßt werden, weil es zur Zeit an der Möglichkeit, den Umsatz zu ermitteln, gebricht. Aber nach den Ergebnissen der Gewerbesteuerveranlagung ist anzunehmen, daß sich auf Grund der vorgeschlagenen Bestimmungen für die größten Berliner Waarenhäuser nach ihrem derzeitigen Geschäftsumfange Steuersätze bis zu wenigstens 400 000 Mk. ergeben würden. Auch in Städten wie Breslau, Köln, Frankfurt a. M., Elberfeld, Essen würde nach den der Gewerbesteuerveranlagung zu Grunde gelegten Erträgen die Waarenhaussteuer bis zu ca. 125 000 Mk. betragen.

Wie hoch sich das Aufkommen an Waarenhaussteuer im ganzen und in einzelnen Gemeinden stellen würde, kann auch nicht annähernd angegeben werden.

Reichstag.

Berlin, 13. Februar.

Die heute vorgenommene Berathung des **Etats der Schutzgebiete** in Afrika und Neu-Guinea, sowie der Carolinen ging ziemlich glatt vor sich. Von einer ernstlichen Anfechtung wie in früheren Jahren war keine Rede. Eine Lebhaftigkeit der Debatte wurde lediglich veranlaßt durch den beim Etat für Südwestafrika von Bebel zur Sprache gebrachten Fall des Leutnants **Prinzen Arenberg**. Colonialdirector **Buchka**, übereinstimmend mit Bebel in dem Gefühl der Empörung über die That, erklärte:

Da ein Erkenntniß, welches die kaiserliche Bestätigung gefunden, noch nicht vorliege, die Sache sich vielmehr noch im Stadium der Untersuchung befinde, so sei er nicht in der Lage, Näheres mitzutheilen. Auf eine Anfrage beim Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika habe er s. Z. die Antwort erhalten, daß der Prinz mit Heimathsurlaub abgereist sei. In Hamburg sei der Prinz nur so lange gewesen, bis er eine Ergänzung seiner Uniformstücke bewirkt habe. Er habe über den Prinzen Untersuchungshaft verhängt, worin er sich noch jetzt befinde. Es sei nicht richtig, daß er vor Aufnahme in die Schutztruppe wegen Mißhandlung von Soldaten aus der Armee entlassen worden sei. Seine Conduite war damals gut. Erst als er schon zur Schutztruppe überwiesen war, kam eine frühere Burschen-Mißhandlung zur Kenntniß der Colonialverwaltung. Aber da jenes, nur mit zehntägigem Stubenarrest bestrafte Vergehen nicht die Entfernung aus der Armee begründet hätte, konnte auch eine Rückversetzung zur Armee nicht darauf gegründet werden. Buchka hat den Prinzen indessen gewarnt, daß gegen ihn, wenn er sich das Geringste zu Schulden kommen lasse, unnachsichtlich vorgegangen werden würde. Buchka versicherte schließlich, man werde bei der Auswahl der Colonialbeamten die größte Vorsicht walten lassen. Er bitte jedenfalls, die Beschuldigungen nicht zu verallgemeinern.

Von dem Abg. **Gröber** (Centr.) und den anderen Rednern wurde strengste Sühne des Verbrechens gefordert. Die Abgg. **Hasse** (nat.-lib.) und **v. Kardorff** (Reichsp.) sprachen ihre Mißbilligung aus, daß man den Prinzen zur Schutztruppe habe abgehen lassen; es fiel sogar eine Anspielung, als ob Herr v. Buchka sich hätte beeinflussen lassen.

Im Laufe der Debatte zog Abg. **Bebel** den **Fall Peters** heran, was die Abgg. **v. Kardorff** und **Arendt** (Reichsp.) veranlaßte, Peters' Verdienste um die Colonialpolitik hervorzuheben. Bebel erhielt einen Ordnungsruf wegen der Bemerkung, v. Kardorff könne nicht schamroth werden.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. Februar.

Bei der heutigen Berathung des **Etats des Ministeriums des Innern** bezeichnete der Minister des Innern **v. Rheinbaben** die Gerüchte, man wolle Berlin die **Selbstverwaltung** nehmen und in eine Anzahl kleiner Communen zerschlagen, als Geschmacklosigkeit. Es sei die **Theilung der Provinz Brandenburg** in der Art geplant, daß Berlin mit seinen Vororten eine Provinz und das übrige Brandenburg eine besondere Provinz bilden sollten. Der Minister wies darauf den Vorwurf des Abgeordneten v. Zedlitz, daß die Regierung bei der **Zurdispositionsstellung der kanalfeindlichen Landräthe** ihre Befugnisse mißbraucht habe, zurück. Den Beschwerden der polnischen Abgg. Jazdzewski und Glebocki bezüglich der Ueberwachung **polnischer Versammlungen** und Presse, Versetzung polnischer Beamten in andere Landestheile etc. trat der Minister entgegen. Erst wenn die Polen zu erkennen gäben, daß sie preußisch gesinnt sind, werde es möglich sein, eine Versöhnungspolitik zu treiben.

Morgen erfolgt die Forsetzung der Berathung.

Berlin, 14. Februar.

Bei der heute fortgesetzten Berathung des **Etats des Inneren** brachte der freisinnige Abg. **Kopsch** die bekannte Angelegenheit des „**Ostpreußischen Volksfreundes**" zur Sprache, wobei durch das Landrathsamt und den Kreisschulinspector in Ragnit die Lehrer zur Agitation für dieses conservative Blatt aufgefordert worden sind. Kopsch erinnerte daran, daß kürzlich ein socialdemokratischer Verleger vor Gericht freigesprochen wurde, weil das Gericht angenommen hat, daß in der That eine politische Kundgebung, die nicht portofrei auf Grund des Aversums für Behörden versandt werden dürfte, vorliege. Minister **v. Rheinbaben** erwiderte: Materiell müsse er das Vorgehen des Landrathes und Kreisschulinspectors billigen. Es sei Sache, das Recht und die Pflicht der Behörden, der systematischen Volksverhetzung durch die Socialdemokratie mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Formell liege allerdings ein Versehen vor, indem die betreffenden Abonnements-Einladungen für das conservative Blatt portofrei versandt wurden. In dieser Beziehung sei schon Correctur eingetreten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Februar.

Trinkspruch des Kaisers.

Berlin, 13. Febr. Bei dem heutigen Festmahle im Schlosse zu Ehren des Prinzen Heinrich brachte der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

Eure königliche Hoheit, Mein theurer Bruder! Ich heiße Dich von Herzen in unserem Vaterlande und in unserer Hauptstadt willkommen. Vor zwei Jahren sandte Ich Dich hinaus, um Deine Aufgabe im fernen Osten zu lösen, und konnte es nur Gott anheimstellen, daß er Dir seinen Schutz, dem Werke Gelingen gäbe. Der freudige, begeisterte Empfang aller Schichten Meiner Residenzstadt Berlin giebt Dir Zeugniß davon, mit welch liebevollem Interesse unser ganzes Volk Dich in der Erfüllung Deiner nunmehr gelösten Aufgabe begleitet hat. Der Empfang hat aber noch eine tiefere Bedeutung. Er ist ein unzweideutiger Fingerzeig dafür, wie groß das Verständniß für die Stärkung unserer Seegeltung in der Bevölkerung geworden ist. Das deutsche Volk mit seinen Fürsten, seinem Kaiser ist darüber willenseinig, daß es in seiner mächtigen Entwicklung einen neuen Markstein setzen will in der Schaffung einer großen, den Bedürfnissen entsprechenden Flotte. Wie Kaiser Wilhelm der Große uns die Waffe schuf, mit deren Hilfe wir wieder schwarz-weiß-roth geworden, so schickt sich das deutsche Volk an, die Wehr sich zu schmieden, wodurch es, so Gott will, in alle Ewigkeit schwarz-weiß-roth bleiben kann im Inlande und Auslande. Bei Deiner Heimkehr findest Du ein blühend Knäblein in den Armen Deiner Gattin, mögest Du als Pathe für den neuen Zuwachs unserer jungen Flotte denselben sich unter Gottes Schutz in voller Stärke entwickeln sehen. Hurrah!

Die Aussichten des Flottengesetzes.

Ein bestimmter Tag für die Berathung der Flottennovelle ist in der Budgetcommission des Reichstages noch nicht festgesetzt worden. Es sind vorläufig nur die Referenten ernannt. Hauptreferent wird der Centrumsabg. Müller-Fulda, der das ursprünglich von der Regierung vorgeschlagene Flottenseptennat durch ein Sexennat ersetzt hat. Das Correferat ist dem Abg. Dr. Paasche übertragen. Die Berathungen in der Budgetcommission über die einzelnen Etats ziehen sich in diesem Jahre ungewöhnlich in die Länge. Es wird daher voraussichtlich noch längere Zeit dauern, ehe der Gesetzentwurf vorgenommen wird.

Ueber das Schicksal der Vorlage läßt sich zur Stunde ein bestimmtes Urtheil nicht fällen.

Hans Eickstedt.

Roman in zwei Bänden von **Anna Maul. (M. Gerhardt.)**

20) [Nachdruck verboten.]

Neuntes Kapitel.

Als Gertrud nach dem Theater heimkehrend ihr Zimmer betrat, kam ihr ein Hauch süßen Blumenduftes entgegen. Wie verzaubert stand sie vor den Rosen und Maiglöckchen im Glase auf ihrem Tisch. Wer hatte die hier inmitten all des Wirrwarrs für sie hingestellt? Das Klopfen ihres Herzens gab ihr Antwort, noch bevor sie Eickstedts Karte gefunden.

Aufregung und Freude hielten sie den größten Theil der Nacht wach. Sie hatte Hans heute sehen sollen und es als eine der gewöhnlichen bösen Launen ihres mißgünstigen Schicksals betrachtet, daß sein Onkel ihn verfehlt und nicht ins Theater mitgebracht hatte. Wie hätte sie denken können, daß sie um dies Wiedersehen gekommen, weil Hans sich nicht hatte bis morgen gedulden mögen, sie aufzusuchen.

Ob er zu Hennings kommen würde? Wahrscheinlich nicht, das Mißverständniß von neulich hatte sich wohl noch nicht ausgeglichen. Vielleicht war es sicherer, zu Hause zu bleiben und ihn zu erwarten.

Nach vielem Hin- und Hersinnen entschloß sich Gertrud doch, der Einladung zu folgen. Diesmal war ihr Schicksal bei guter Laune. Eickstedt war gekommen.

Er hatte sich bei Philipp Henning wegen seines drastischen Abganges von neulich zu entschuldigen. Dafür gab Tante Wally ihm Satisfaction.

„Jahr und Tag hatte ich mich eingeärgert über dich, und dann kam noch der Klagebrief deiner Mutter. Immer dacht' ich: „Wenn das mein Jung' wär'!" — sei froh, daß du's nicht bist, Hans! — und da kochte das Töpfchen über. Na, übrigens bist du mir nichts schuldig geblieben, mein Schatz. Sei jetzt ganz ruhig, ich rede dir kein Wörtchen mehr drein, und wenn es dir belieben sollte, mit dem Satan Brüderschaft zu machen."

Bei Tisch war die Stimmung heiter, die Unterhaltung allgemein und angeregt. Später, nachdem der Kaffee gereicht worden, zog Wally sich zurück, um ein bischen zu schlummern. Hans und Gertrud traten auf den schmalen Balkon hinaus, wo sie frische Luft schöpfen und ungestört plaudern konnten. Die beiden älteren Herren blieben bei ihrer Cigarre und ihrem Cognac sitzen, — Philipp Henning kraute das schwarze Fell seines Pudels, der in dem Rittergutsbesitzer seinen Meister witterte und sich exemplarisch verhielt, und weihte diesen letzteren in seine Petroleumunternehmungen ein.

Er war kürzlich in der Lüneburger Heide gewesen und wollte morgen wieder hin. Die Sache kam in Zug und versprach etwas. Ein Kapitalist, der sich mit seinem Gelde betheiligen wollte, war gefunden, er gefiel aber Henning nicht. In der Geschäftswelt hielt man ihn für einen schlauen Fuchs. Nützlich konnte er dem Unternehmen immerhin werden.

Eickstedt hielt es für eine mißliche Sache, mit fremdem Kapital zu arbeiten. Das Schicksal seines Bruders und mancherlei ähnliche Vorfälle in seinem weiten Bekanntenkreise hatten ihn vorsichtig gemacht. Freilich ließ sich dergleichen im Geschäftsleben nicht ganz vermeiden.

Philipp zog die langen Ohren des Pudels durch seine Finger und blickte den Rauchwölkchen seiner Cigarre nach. Von Natur schweigsam, ging er selten so offen mit der Sprache heraus wie gegen den ihm persönlich wenig bekannten Eickstedt, der ihm großes Vertrauen einflößte und gewissermaßen als Repräsentant von Wallys Familie erschien. Unter seinen Umgangs- und Geschäftsfreunden war keiner, von dessen Intelligenz und Charakter er eine hohe Meinung hatte, er stand im Grunde recht isolirt da.

„Ich glaube nicht, daß ich alt werde", sagte er. „Wally hat bei einer früheren Gelegenheit den Muth gehabt, mir einen Theil ihres Vermögens zu einem Unternehmen anzuvertrauen, das guten Erfolg versprach. Ich hatte kein Glück, und das Geld ging verloren. Sie verstehen, Herr Eickstedt, das drückt mich. Dafür muß Ersatz geschafft werden. Ich habe schöne Gewinne seitdem gehabt, aber kein Kapital sammeln können. Man will auch leben. Daher muß noch einmal ein großer Wurf gewagt werden."

Eickstedt schüttelte den Kopf. „Das Spiel um Ersatz ist trügerisch und hat schon manchem den Hals gebrochen. Besser, das Verlorene ohne Sang und Klang begraben. Ihre Frau wird Ihnen sicherlich nie einen Vorwurf machen!"

Philipp Henning ließ ein langgezogenes „Hm—" in einem Tone hören, der zweifelhaft ließ, ob er davon ganz überzeugt war.

„Es ist mir Ehrensache", erwiderte er. „Ich weiß, Wallys Verwandte — ich meine nicht Sie und Ihre Schwägerin — hielten es für einen thörichten Streich, daß sie mich heirathete. Man hat ihr abgerathen — vorher — nachher sie bejammert. Sie kann ja nicht dafür. Aber ich möchte doch ihren Freunden beweisen, daß sie keinen Grund haben, sie zu bejammern."

In dem schmalen Schattenstreifen an der Wandseite des Balcons standen Hans und Gertrud neben einander, in kritischer Fehde um das Trauerspiel: „Der Kampf ums Dasein" von Hans Eickstedt entbrannt. Gertrud voll heiligen Ernstes, der junge Dichter selbst voll leichtsinnigen Uebermuthes.

„Es ist kein liebenswürdiges Stück", erklärte Gertrud. „Gepackt hat es mich wie mit eisernen Tatzen, mich durchgerüttelt und gequält und mich doch nicht warm gemacht."

„Weil Sie eine kalte, skeptische Natur sind. Liebenswürdig. — Eine junge Dame ist liebenswürdig. Ein blühender Lindenbaum und eine Nachtigal, die am Sommerabend darin singt, sind liebenswürdige Dinge. Aber ein liebenswürdiges sociales Trauerspiel wäre eine contradictio in adjecto, ein höherer Blödsinn, geben Sie das zu?"

„Meinetwegen. Glauben Sie aber nicht, Hans, daß — wie soll ich sagen? ein kräftiger Mittelpunkt der Handlung — ein eigentlicher Held dem Stücke fehlt?"

„Ein Volksstück kann keinen eigentlichen Helden haben. Sein Held ist eine Vielheit — eben das Volk."

„Ja wohl, — aber — das beeinträchtigt die Wirkung."

„Ja wohl, aber — was noch? Wünschen Sie vielleicht eine Intrigue? Etwas Liebe? Zwei bis drei Verlobungen?"

„Etwas Liebe könnte nicht schaden!" lachte Gertrud.

„Das dacht' ich gleich, daß Sie dahinaus steuerten! Ein Theaterstück ohne Liebe ist wie ein Napfkuchen ohne Rosinen, nicht wahr?"

„Liebe ist nicht immer Süßigkeit, Hans."

„Das ist wahr. Haben Sie schon Erfahrung in der Liebe, Gertrud?"

„Ach, Unsinn!" erwiderte sie roth werdend,

„Nein, ernstlich, sagen Sie mir, haben Sie schon geliebt?" fragte er, sie in eine Ecke des Balcons drängend und sich mit höchst interessirter Miene vor sie hinpflanzend. „Ich meine natürlich nicht, ob Sie für Ihren Literaturlehrer oder für den Bräutigam Ihrer Herzensfreundin geschwärmt haben, sondern —"

„Sondern — nein!" lachte sie. „Ich habe noch nicht Zeit gehabt, mich zu verlieben."

„Schade. Aber wie wollen Sie dann eine Künstlerin werden, wenn Sie noch gar kein fertiger Mensch sind, sondern ein über den Dingen schwebendes, holdes Abstractum — ein personificirter jungfräulicher Idealbegriff."

„Warum sagen Sie nicht ohne Redensarten: Eine alte Jungfer?"

„Weil das erstens grob und zweitens gelogen wäre. Hören Sie, Gertrud, welche Scenen fanden Sie so abscheulich und brutal?"

„Die vorletzte im ersten Act und die sechste und siebente im vierten", erklärte Gertrud gewissenhaft. „Aber ich habe mich überzeugt, sie sind ganz leicht zu streichen oder zu ändern, ohne daß der Zusammenhang darunter leidet."

Hans brach in ein Hohnlachen aus.

„Streichen und ändern! Die besten Scenen im ganzen Stück, den Höhepunkt der psychologischen Entwicklung. Ich dachte mir gleich, daß Sie die meinten. Hören Sie, Gertrud, Ihr Lieblingsdichter ist Ernst Wildenbruch, gestehen Sie's offen! Sie schwärmen für die „Geierwally", sind begeistert für die „Waise von Lowood" und lieben insgeheim Gensichens „Märchentante".

„Muß ich entweder für diese Blüthenlese oder für den „Kampf um's Dasein schwärmen?" versetzte Gertrud ärgerlich.

„Gewiß, Sie müssen Partei ergreifen. Sie müssen sich entscheiden — zwischen der blauen Blume der Romantik und dem knorrigen Eichbaum der modernen Wirklichkeitsdichtung."

Sie wollen mich in die Enge treiben und einschüchtern, da wird mein Urtheil Ihnen wenig nützen. Sie haben mich überhaupt nur zum besten gehalten. Warum sagten Sie nicht gleich, daß Sie bloß Lob und Schmeicheleien hören wollten?"

Gertrud war ungehalten und wollte ins Zimmer zurück. Aber Hans stellte sich in die Thüröffnung und ließ sie nicht vorbei.

„Wie gefällt Ihnen mein Onkel, Gertrud?"

„Sehr gut", erwiderte sie sofort besänftigt. „Man sieht auf den ersten Blick: das ist ein Mann, auf den man sich verlassen kann."

„Getroffen, holde Weisheit. Ich habe mich mit ihm ausgesprochen, und meine Mutter erfährt jetzt alles."

„O, das ist gut, das ist herrlich. Ich ahnte derartiges, als ich ihn heut so vergnügt sah. Daher also Ihre Unbändigkeit, Herr Vetter!"

„Daher. Wann sind Sie für mich zu Haus, Gertrud?"

„Sonnabend — Sonntag —"

„Sonnabend also. Wenn Sie hübsch artig sind, bekommen Sie wieder was mitgebracht, kleines Trudchen."

„Nein, bringen Sie nichts mit, ich bin nicht artig." (Fortsetzung folgt.)

läßt sich, so schreibt die „Nationallib. Corresp.", nicht leugnen, daß das Zusammenwirken der Parteien, die traditionell für eine ausreichende Rüstung des Vaterlandes seit je her eingetreten sind, diesmal sich leider nicht mehr in der früheren Energie geltend machen kann. Die bekannten Vorgänge der letzten Wochen, das durch und durch unklare Verhalten, das bei einem Theile des Agrarconservatismus zu Tage getreten ist, haben ein peinliches Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen. Es steht jetzt fest, daß ein wenn auch geringer Theil der Conservativen der Flottenvorlage ablehnend gegenübersteht und — was weit schlimmer ist — es steht zu befürchten, daß auf der Rechten die Verstärkung der Seewehr versteckte Gegner besitzt, die eine Ablehnung der Vorlage, wenn nicht gar die Herbeiführung eines Conflictes im Reiche durch die Ablehnung nicht ungern sehen, vielleicht auch herbeizuführen bereit und bestrebt sind. Wenn auch die Bloßstellung, die allzu unvorsichtige Quertreiber erfahren, vielleicht eine Einkehr bereitet, die Freudigkeit und Zuversicht in der Vertretung der Marineforderungen hat dadurch eine Einbuße erlitten."

Ob diese Befürchtungen des nationalliberalen Organs begründet sind, wird sich erst nach mehreren Wochen zeigen.

Aeußere Politik im englischen Unterhause.

In der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Drage, ob irgend welche ausschließliche **Concessionen russischen Unterthanen im Norden von Persien zum Bau von Eisenbahnen** oder zu anderen Handelszwecken bewilligt seien, ferner, ob von der englischen Regierung ein Versuch gemacht worden sei, eine Grenzlinie der englischen Interessensphäre im Süden von Persien zu erhalten. Der Parlamentsuntersecretär des Auswärtigen Amtes Brodrick erwiderte, daß die einzigen Concessionen, welche im nördlichen Persien an russische Unterthanen verliehen worden seien von denen er Kenntniß habe, sich auf Herstellung einer Straße von Enzeli nach Kazwin und auf Ausbeutung von Kupfer- und anderen Erzlagern in den Bergdistricten von Azerspan bezögen; er sei sich jedoch vollständig bewußt, wie wünschenswerth die Aufrechterhaltung der britischen Interessen in Persien sei, aber die persische Regierung habe es bisher nicht für angezeigt gehalten, Interessensphären auswärtiger Mächte in jenem Lande anzuerkennen. Weiter erklärte Brodrick, die auf die Beschlagnahme der deutschen Dampfer **„Bundesrath"** und **„Herzog"** bezüglichen diplomatischen Schriftstücke würden demnächst dem Hause vorgelegt werden. Auf eine andere Anfrage erklärte Brodrick, zwei Bataillone Eingeborener in **Omdurman** hätten Zeichen von **Insubordination** gegeben, der Sirdar habe sich der Sache angenommen und die letzten Berichte über die Lage seien befriedigend. Redmond fragte an, ob die Regierung die zeitweilige Entfernung des **britischen Botschafters von Paris** in Folge des angeblich feindseligen Tons der französischen Presse bezüglich des Krieges angeordnet habe. Balfour erwiderte, dies sei nicht der Fall. Redmond fragte weiter, wer Monson während seiner Abwesenheit vertrete. Balfour erwiderte: Vermuthlich der „Nächste im Commando". (Gelächter.)

In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erklärte der Staatssecretär der Colonien **Chamberlain**, hinsichtlich der zukünftigen Stellung der **Tonga-Inseln** könne, ehe das Ergebniß der Mission Thomsons, den Gegenstand mit dem Könige zu erörtern, vorliege, keine Erklärung abgegeben werden. Die britische Regierung habe keinerlei finanzielle Verantwortlichkeit für die Schulden der Tonga-Inseln übernommen. Gibson Bowles fragte an, ob die Regierung eine Information besitze bezüglich eines Meinungsaustausches oder über Unterhandlungen zwischen der deutschen und der holländischen Regierung in Betreff einer **Cooperation Hollands mit Deutschland in der Entwicklung der sehr verstärkten deutschen Flotte.** Der Parlaments-Untersecretär des Auswärtigen **Brodrick** erwiderte: „Nein". Gibson Bowles wünschte ferner zu wissen, ob die Regierung eine Mittheilung von der Zustimmung der fremden Mächte zu der von Milner am 26. Januar 1900 erlassenen Ankündigung erhalten habe, welche die britische Regierung verpflichtet, Transvaal die **Anerkennung der Conficirung der Goldminen zu verweigern.** Brodrick antwortete, die Regierung habe keine solche Mittheilung empfangen, auch habe kein Schriftwechsel mit den fremden Mächten hierüber stattgefunden. Auf eine weitere Anfrage erklärte Brodrick, die Regierung wisse, daß der Sultan die Concession für den **Bau einer deutschen Eisenbahn nach Bassorah** gewährt habe und daß der **Bau russischer Eisenbahnen** in Asien fortschreite. Falls und wenn dort britische Interessen berührt werden sollten, werde die britische Regierung die nöthigen Schritte thun, diese Interessen zu behaupten. In Beantwortung einer Anfrage Heddermicks erwiderte der Parlamentsuntersecretär des Auswärtigen, Brodrick, er habe von der deutschen Regierung keine Mittheilung empfangen über den Gegenstand der Convention von 1884 zwischen England und Transvaal, welche thatsächlich durch den Kriegszustand aufgehört habe.

*

London, 13. Febr. Im Oberhause erklärte heute der **Kriegsminister**, die neugeplanten **Haubitzenbatterien** würden in Friedenszeiten nur als Cadres beibehalten werden. Unter den Vorschlägen des Ministers ist noch der Plan hervorzuheben, eine bedeutende Zahl von Mannschaften, etwa **170 000 Mann**, im Alter zwischen 25 und 45 Jahren, welche die volle Zeit im Heere und in der Reserve gedient haben, aufzufordern, sich für ein Jahr für den **Dienst im Mutterlande** allein einreihen zu lassen.

Der Krieg.

Ueber die Pläne des Feldmarschalls Roberts wird allmählich mehr Klarheit verbreitet. Es scheint zweifellos, daß er einen entschlossenen Versuch zum Entsatze von Kimberley plant. Magersfontein und Spyfontein sollen vermieden und die dort stehenden Boeren durch zwei Divisionen in Schach gehalten werden. Auf das Bevorstehen eines großen Schlages auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes läßt aber auch die Thatsache schließen, daß die fremden Militärattachés sich in sein Hauptquartier am Modderriver begeben haben, sowie der Umstand, daß Roberts selbst dem Commandanten des belagerten Mafeking baldigen Entsatz zugesagt hat wie folgt:

Mafeking.

Die „Pall Mall Gazette" veröffentlicht nachstehende, in Gaberones am 2. d. Mts. aufgegebene Meldung aus Mafeking ohne Datumangabe: Baden-Powell erhielt von Roberts eine Mittheilung, in der ihm versprochen wird, daß ihm in wenigen Wochen Hilfe gesandt werden würde. Die Nahrungsvorräthe in Mafeking werden ausreichen. Die Boeren haben die Absicht kundgegeben, die Garnison nicht durch Kampf, sondern durch Aushungern zur Uebergabe zu zwingen.

Im Norden der Capcolonie

bei Rendsburg haben, wie sich jetzt bestätigt, die Engländer thatsächlich verschiedene neue Schlappen erlitten. Das Reuter'sche Bureau meldet hierüber des weiteren unter dem gestrigen Datum: Die Zurückziehung der englischen Truppen aus ihren Stellungen einschließlich des Coleskop nach westlich gelegenen Positionen wurde nöthig, da sich herausstellte, daß auf dem Bastardsnek, der das ganze Gelände in der Runde beherrscht, eine starke Boerenstreitmacht mit einem schweren Geschütz stand.

Die Stimmung in Ladysmith.

Der neueste Rückzug Bullers muß auf die Belagerten in Ladysmith einen tiefen Eindruck machen, da sie, wie man aus einer Meldung der „Daily News" aus Ladysmith vom 6. Februar ersieht, fest davon überzeugt waren, daß der Entsatz unmittelbar bevorstehe. Der Correspondent berichtet, wie man von Ladysmith aus das Bersten der Lydditgeschosse in den Schanzen der Boeren beobachten konnte und wie der Geschützdonner immer näher kam. Am Dienstag, 6. Februar, habe die Kanonade um 5 Uhr Morgens begonnen und ununterbrochen 10 Stunden gedauert, jedoch sei das Geschützfeuer schon um Mittag schwächer geworden. Die Viehheerden der Boeren seien von der Ebene verschwunden, die Wagen waren bespannt und auf dem Wege nach den Päßen der Drakensberge habe man Staubwolken gesehen — alles das deutete man in Ladysmith dahin, daß die Boeren sich zum Rückzuge vorbereiteten. Dann schreibt der Correspondent:

„Eine große Anzahl Boeren campirt noch hinter den Hügeln von Ladysmith, aber gegen alle Erwartung zeigen sie keine Neigung zum Angreifen. Hier ist alles bereit, ihnen einen warmen Empfang zu geben. Sie haben zwischen Mitternacht und Tagesanbruch eine sehr günstige Gelegenheit verloren, als dem Untergange der Mondsichel starke Finsterniß für mehrere Stunden folgte. Die Stille dieser Stunde wurde nur durch das Quaken der Frösche, das Bellen der Hunde und das gelegentliche Bersten unserer Raketen, welche einen weiten Umkreis beleuchteten und ein unbemerktes Heranschleichen des Feindes unmöglich machten, unterbrochen. Ein anderes Geräusch wurde durch eine zufällige Explosion einer Anzahl Minen verursacht, welche aber glücklicherweise so gelegt waren, daß sie nur das Leben der Feinde, die sich den Außenbefestigungen nähern, gefährdeten. Allerhand Gerüchte gelangen hierher, aber jetzt sind wir ganz mit dem offenbaren Erfolg der Operationen Sir Redver Bullers beschäftigt und die Hoffnung ist stark, daß die lange Periode unserer Unthätigkeit und Langeweile schnell zu Ende geht."

Wenige Stunden darauf werden die Belagerten erkannt haben, daß ihre Hoffnung völlig unbegründet war.

Erschießung eines Verräthers.

London, 14. Februar. Nach einem Privattelegramm aus Durban wurde der in diesem Hafen seit sechs Jahren stationirte Leuchtthurm-Signalchef, ein Engländer, des heimlichen Einvernehmens mit den Boeren für schuldig erkannt und erschossen. Die Verständigung mit den Feinden erfolgte durch Signale, gegeben von der dem Meere abgewandten Leuchtthurmseite nach einer Anhöhe bei Durban und hatte vornehmlich die Anzahl und Besatzung der eintreffenden englischen Schiffe zum Gegenstand. Für jede Signaldepesche erhielt der Verräther 1500 Frcs. Er hinterließ 150 000 Frcs. Vermögen und hatte sein verrätherisches Handwerk seit Beginn des Krieges betrieben.

*

London, 14. Februar. Dem Vernehmen nach hat die **Königin Victoria** in Folge der ernsten Lage in Südafrika ihren Plan einer **Reise nach Italien aufgegeben.**

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Februar. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat die **Wahl** des Freiherrn **v. Stumm beanstandet.** (Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel).

— Die **Wahlprüfungs-Commission des Abgeordnetenhauses** hat mit 11 gegen 1 Stimme die Wahl der drei Breslauer Abgeordneten **Gothein** (freis. Ver.), **Wetekamp** (freis. Volksp.) und **Schneider** (freis. Volksp.) **für ungiltig erklärt.**

* **[Zum Fall Weingart]** schreibt man der „Voss. Ztg.": Nachdem die theologische Facultät der Universität Göttingen es abgelehnt hat, ein Gutachten zu dem Fall Weingart abzugeben, besteht die Absicht, von anderen Universitäten, z. B. von Jena, Gutachten einzufordern. Sodann will man eine allgemeine Landesversammlung einberufen, in welcher Männern aus allen Kreisen Gelegenheit geboten wird, sich zu äußern.

Zwickau, 13. Febr. Eine heute abgehaltene Versammlung der **Bergarbeiter** hat beschlossen, in den **Ausstand** einzutreten.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 14. Februar.

Wetteraussichten für Donnerstag, 15. Febr.:
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wolkig, feuchtkalt, Nebel, Niederschläge. Windig.

* **[Sturmwarnung.]** Ein heute Mittag eingetroffenes Telegramm der Seewarte meldet: Ein tiefes Minimum, ostwärts sich ausbreitend, am Kanal macht stark auffrischende östliche Winde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball aufzuziehen.

* **[Stadtverordnetensitzung am 13. Februar.]** Vorsitzender Herr Berenz; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Stadträthe Toop, Dr. Damus, Fehlhaber, Dr. Bail, Dr. Ackermann, Mitzlaff, Kosmack, Poll, Claassen, Helm, Hein, Penner.

Von dem Eingang des Jahresberichts des Danziger Hypotheken-Vereins und von dem Protokoll einer außerordentlichen Revision der Kämmereikasse nimmt die Versammlung Kenntniß. Sie ertheilt sodann die Zustimmung zur Verpachtung 1) eines dem Stadtlazareth am Olivaerthor gehörigen Landstückes zu Schidlitz von 9 Ar 70 Qu.-Meter Größe auf 12 Jahre an den Eigenthümer Hermann Peschel zu Schidlitz für den jährlichen Pachtzins von 10 Mk.; 2) einer Parzelle in Gaspe in Größe von 1 Hectar auf sechs Jahre zum jährlichen Pachtpreise von 36 Mk. an den Dampfbootführer Gustav Kreft in Gaspe. Ferner genehmigt sie, daß das Miethsverhältniß bezüglich des Grundstücks Schleusengasse Nr. 9 in Neufahrwasser unter den bestehenden Bedingungen und zum bisherigen Pachtpreise von jährlich 45 Mk. auf weitere drei Jahre mit dem jetzigen Miether Heinrich Reimer in Neufahrwasser verlängert werde.

Eine gleiche Verlängerung beschließt die Versammlung für das Pachtverhältniß bezüglich der Fähre bei Strohdeich unter den bestehenden Bedingungen und zum bisherigen Pachtpreise mit dem jetzigen Fährpächter Joh. Mroch.

In einer Vorlage betreffend die Bereitstellung des Bauplatzes für die **technische Hochschule** beantragt der Magistrat zu genehmigen,

1. daß das dem Stadtlazareth am Olivaerthor als einer selbständigen unter der Verwaltung des Magistrats stehenden milden Stiftung gehörige, in Verbindung mit dem Kämmereigrundstück Langfuhr Bl. 511 zum Bauplatz für die technische Hochschule bestimmte Grundstück Zigankenberg Bl. 236 in einer Größe von 2,0104 Hectar, wovon 230 Qu.-Meter vorweg zur Verbreiterung des St. Michaelsweges abzutrennen sind, gegen eine dem Lazarethfonds zuzuführende Vergütung von 10 Mk. pro Qu.-Meter, das ist von 201 040 Mk., vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten als Stiftungsaufsichtsbehörde zu dieser Veräußerung von Stiftungsgrundeigenthum, der Kämmereiverwaltung überlassen und daß der Betrag von 201 040 Mk. aus der Anleihe von 1899 bestritten wird;

2. daß von der Kämmereiverwaltung die Grundstücke Langfuhr Bl. 511 mit einem Flächeninhalt von 4,4643 Hectar und Zigankenberg Bl. 236 mit einem Flächeninhalt von 1,9874 Hectar, also Grundflächen von zusammen 6,4517 Hectar der königl. Staatsregierung als Bauplatz für die technische Hochschule unentgeltlich übereignet werden und daß mit der Staatsregierung ein vom Cultusminister und vom Finanzminister im Entwurf gebilligter Vertrag, vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses zu der Veräußerung städtischen Grundeigenthums und vorbehaltlich der förmlichen Genehmigung des Cultusministers, abgeschlossen wird.

Die Annahme beider Anträge erfolgt einstimmig ohne Debatte.

Die Versammlung genehmigt dann, daß das Pachtverhältniß bezüglich der beiden Seezüge bei Weichselmünde nebst der Berechtigung, Badebuden am Ostseestrande aufzustellen, bis zum 2. Februar 1904 unter den bisherigen Bedingungen und zum jetzigen Pachtpreise von der Gesellschaft „Weichsel" auf den Gastwirth Peter Gurk aus Weichselmünde übertragen werde, — ferner daß der Kaufmann Max Albrecht jun. von hier in den mit dem Unternehmer Peter Klein aus Düsseldorf und dessen Rechtsnachfolger Oskar Blume und Johann Albrecht über die Aufstellung von Trinkhallen geschlossenen Vertrag an Stelle des Herrn Johann Albrecht bis zum Ablauf der Miethsdauer (1903) als Berechtigter und Verpflichteter eintritt, jedoch mit der Maßgabe, daß Herr Johann Albrecht als Bürge mit verhaftet bleibt.

Die Pacht einer Parzelle des Großen Holländers und einer Parzelle der Stadthofwiesen wird unter den bisherigen Bedingungen und zum jetzigen Pachtpreise von dem Hofbesitzer Richard Steiner auf seinen Besitznachfolger Hofbesitzer Gustav Ohl in Heubude übertragen.

Zu einem durch die jetzigen Frequenzverhältnisse nothwendig gewordenen Erweiterungsbau an dem Großviehstall des Schlachthofes wird der Betrag von 20 000 Mk. aus dem Reservefonds des Schlachthofes bewilligt.

Die nächsten beiden Vorlagen betreffen die **Neuordnung der Anstellungs-Verhältnisse der städtischen Beamten** und die **Neuordnung der Gehaltsverhältnisse** derselben. Das Wesentlichste aus diesen umfangreichen, von der Kämmereideputation im Princip einstimmig zur Annahme empfohlenen Vorlagen haben wir bereits am letzten Sonnabend mitgetheilt. Die erste ist bekanntlich eine Consequenz des mit dem 1. April d. J. in Kraft tretenden Gesetzes vom 30. Juli 1899 betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten, zu dessen Ausführung ein Ortsstatut und ein Regulativ erlassen werden soll. Das Ortsstatut soll folgende Bestimmungen enthalten:

Auf unbeschränkte Zeit mit Pensionsberechtigung, aber mit Vorbehalt der Kündigung, werden angestellt:

1. die technischen Secretäre und Assistenten der städtischen Bauverwaltung, sowie die städtischen Vermessungsassistenten;
2. die Beamten des städtischen Aichamtes, soweit sie nicht die ihnen übertragenen Geschäfte nur als ein Nebenamt oder als Nebenthätigkeit versehen;
3. die städtischen Bauwarte und Bauaufseher;
4. die aus dem Stande der Civilanwärter hervorgegangenen Bureau- und Kassenassistenten bis zum vollendeten sechsten Dienstjahre nach ihrer definitiven Anstellung im städtischen Dienst;
5. die städtischen Steuererheber und Vollziehungsbeamten;
6. die Boten in der städtischen allgemeinen Verwaltung und die Schulboten;
7. die Mitglieder der städtischen Feuerwehr mit Ausnahme des Brand-Directors und des Brandmeisters, welche auf Lebenszeit angestellt werden.

Die Kündigung der vorstehend ad 1—6 einschließlich aufgeführten Beamten erfolgt mit einer mindestens dreimonatigen, die der ad 7 aufgeführten Mitglieder der Feuerwehr mit einer mindestens vierwöchigen Frist. Bei eintretender Dienstunfähigkeit erhalten die vorstehend ad 1—7 aufgeführten Beamten Pension nach den für die Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen. Im Todesfall erhalten die Hinterbliebenen derselben Wittwen- und Waisengeld nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Das hierzu zu erlassende Regulativ soll die Anstellung sämmtlicher Beamten und sonstigen Bediensteten der Verwaltung der Stadt Danzig näher regeln.

In der zweiten Vorlage, welche die **Neuordnung der Gehaltsverhältnisse** betrifft, heißt es:

Die Staatsregierung hat sich in Folge der allgemeinen Steigerung der Lebensbedürfnisse während der letzten Jahre genöthigt gesehen, die Gehaltsverhältnisse ihrer Beamten unter Aufwendung bedeutender Mittel in recht erheblichem Umfange aufzubessern und die Provinzial-Verwaltungen — unter diesen auch die Verwaltung der Provinz Westpreußen — sind diesem Vorgehen des Staates gefolgt. Auch wir werden uns diesem Drucke der Verhältnisse nicht entziehen können, wenn anders wir nicht Gefahr laufen wollen, uns bei der Neubesetzung von Beamtenstellen mit einem minderwerthigen Material begnügen zu müssen. Dies muß aber unter allen Umständen vermieden werden. Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Entwicklung unserer Stadt genommen, und die zahlreichen großen Aufgaben, welche augenblicklich in der Vorbereitung bezüglich Ausführung begriffen sind, haben eine solche Fülle von Arbeit geschaffen, daß die Mitglieder unseres Collegii theilweise überlastet und nur unter Aufbietung aller Kräfte, oft sogar unter Preisgebung nothwendiger Erholungsstunden, im Stande sind, die ihnen obliegenden Geschäfte rechtzeitig und ordnungsmäßig zu erledigen. Da eine Erweiterung unseres Collegii im Hinblick auf den jetzt bereits vorhandenen recht erheblichen Umfang desselben nicht ohne Bedenken ist, so ergiebt sich immer mehr die Nothwendigkeit, selbst wichtigere und verantwortungsvollere Arbeiten behufs Entlastung der Magistratsmitglieder besonders befähigten und zuverlässigen Subalternbeamten unserer Verwaltung zu übertragen, und dies setzt wiederum voraus, daß uns derartige befähigte und zuverlässige Beamte in genügender Zahl zu Gebote stehen. Wir müssen deshalb vor allem und noch mehr wie früher darauf bedacht sein, uns einen leistungsfähigen zuverlässigen Beamtenkörper heranzuziehen und wir beabsichtigen zu diesem Zwecke sowohl für die Bureau- und Kassen-Assistenten, wie auch für die Secretäre und Buchhalter Prüfungen einzuführen mit der Wirkung, daß in diese Stellungen nur solche Beamten einrücken welche nach ihrer Veranlagung und nach ihren Leistungen den Anforderungen gewachsen sind, welche wir von den Inhabern dieser Stellen verlangen müssen. Dies alles kann aber nur erreicht werden, wenn wir unseren Beamten bezüglich ihrer Gehaltsverhältnisse mindestens annähernd so günstige Aussichten machen, wie die Staatsregierung und die hiesige Provinzialverwaltung, denn mit diesen beiden Behörden haben wir bei der Neubesetzung von Beamtenstellen zu concurriren. Die Stadtverordneten-Versammlung hat zwar in den Jahren 1896/97 auf unseren Antrag den Beamten der städtischen Verwaltung eine recht erhebliche Gehaltsaufbesserung zu Theil werden lassen, indessen trotzdem stehen die von uns gewährten Gehälter hinter den von Staat und Provinz bewilligten zur Zeit durchweg mindestens um die Höhe des von den letzteren gewährten Wohnungsgeldzuschusses zurück. Wollten wir die Gehälter unserer Beamten um diese Beträge erhöhen — von der Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses wird selbstverständlich auch jetzt aus den bereits früher erwogenen bekannten Gründen abzusehen sein — dann würde dies nur unter Aufwendung recht erheblicher Geldmittel (etwa 70—80 000 Mk.) zu ermöglichen sein. Wesentlich leichter und auch mit erheblich geringeren Mitteln läßt sich aber der angestrebte Zweck erreichen, wenn wir die Anfangsgehälter, deren Höhe sich fast durchweg als ausreichend erwiesen hat, unverändert lassen und nur die Alterszulagen in dem Maße erhöhen, daß die Beamten nach Ablauf des in der Altersstufentafel vorgesehenen Zeitraumes in den Genuß eines Gehaltes gelangen, welches seiner Höhe nach dem von Staat und Provinz gewährten annähernd gleichkommt. Dieser Weg erscheint gangbar und der für diesen Zweck aufzuwendende Betrag, welcher sich bezüglich der in der Altersstufentafel befindlichen Beamten für das Jahr 1900 auf rund 15 750 Mk. stellt, ist derartig, daß er unsere finanziellen Kräfte nicht übersteigt. Wir können uns aber, was die Gehaltsaufbesserungen angeht, nicht auf die bereits in der Altersstufentafel befindlichen Beamten beschränken, wir müssen vielmehr diese Vortheile auch allen übrigen Beamten in gleichem Umfange zu Theil werden lassen.

Demgemäß werden, außer obigen 15 750 Mk., beantragt:

1) Mehrausgaben für diejenigen Beamten, welche auf Grund der neuen Besoldungsordnung in die Altersstufentafel aufgenommen werden . . . 3580 Mk.,
2) Mehrausgaben für die Magistratsmitglieder, welche auf Grund der neuen Besoldungsordnung in die Altersstufentafel aufgenommen werden . . . . 1700 „
3) Mehrausgaben, welche dadurch entstehen, daß den Militäranwärtern mit mindestens 12jähriger Dienstzeit bei der Anstellung als Bureau- und Kassenbeamte 3 Jahre angerechnet werden . . . . . 1400 „
4) Mehrausgaben für die Steuererheber 448 „
5) Mehrausgaben an Functionszulagen für Bureau- und Kassenassistenten . . 1200 Mk.,
6) Mancogeld für einen Kassirer . . . 50 „
7) Gehalts- und Remunerationszulagen für solche Beamten, welche nicht in die Altersstufentafel aufgenommen sind . . . 1387 „

Zu erwähnen ist hierbei noch die schon gemeldete Anstellung des Herrn Dr. Petruschky als Stadtarzt, die Ernennung zweier Bureauvorsteher zu „Bureaudirectoren" mit dem Gehalt der Rendanten und als Vorgesetzte der übrigen Bureaubeamten, die Einführung des Amtscharakters Stadtbauinspector für die beiden bisherigen Stadtbaumeister, die Anstellung von 26 Steuererhebern mit festen Gehältern von 1600 bis (nach der Dienstaltersstufentafel von 3 zu 3 Jahren steigend) 2400 Mk.

Der Vorsitzende macht der Versammlung den Vorschlag, beide vorerwähnten Vorlagen, bei denen ein umfangreiches Material zu studiren sei, zunächst an eine **Commission von 9 Mitgliedern zur Vorberathung und Berichterstattung zu überweisen.** Der Wahlausschuß habe für diesen Fall die Stadtv. Bauer, Davidsohn, Hardtmann, Herzog, Karow, Kownatzki, Schmidt, Dr. Tornwaldt und Zimmermann als Mitglieder der Commission vorgeschlagen. Zu den Verhandlungen der Commission möge sämmtlichen Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung Zutritt gestattet werden. Die Versammlung acceptirt ohne Debatte diese sämmtlichen Vorschläge.

Zur Annahme des **Schönemann'schen Vermächtnisses**, das jetzt in Höhe von etwa 83 850 Mark (wovon aber 30- bis 40 000 Mk. ziemlich unsicher) ermittelt ist und zu sportlichen bezw. gesundheitspfleglichen Zwecken, wie Einrichtung eines Schwimmbassins etc. verwendet werden soll, wird nach einigen sich auf die Vorlegung von Testamenten beziehenden Bemerkungen der Stadtv. Brunzen, Hardtmann und Münsterberg, sowie des Oberbürgermeisters die Zustimmung ertheilt.

Von dem Grundstücke des Bauunternehmers Johann Dombrowski in Schidlitz soll eine durch die Straßenfluchtlinie abgeschnittene Parzelle in Größe von 21 Qu.-Meter für den Preis von 4 Mk. pro Qu.-Meter, von den Grundstücken des Orgelbauers Witt in Langfuhr desgl. eine Parzelle von 201 Qu.-Meter gegen Zahlung von 570 Mk. käuflich erworben werden.

Zur Verbesserung der Ventilationseinrichtung für den Stadtverordneten-Sitzungssaal werden 700 Mk., zur Theilung der Singklasse in dem Hauptgebäude der Petri-Realschule in zwei Klassen 1200 Mk. bewilligt.

Der Block XIV des Festungsgeländes am ehemaligen Jakobsthor soll mit einer ca. 80 Centim. hohen Einfriedigung, die Rasenanlage vor dem alten Lazareth am Olivaerthor mit Ziergewächsen (Sträuchern) und ebenfalls mit einer Einfriedigung versehen werden und es werden dafür 3818 Mk. bewilligt. Ferner werden an Mehrkosten für einen Tiefbrunnen in St. Albrecht Pfarrdorf 3011 Mk. bewilligt.

Auch bei diesen Vorlagen kam es nur zu kurzen, vornehmlich informatorischen Debatten, an denen sich die Stadtv. Dr. Tornwaldt, Zimmermann, Topp, Münsterberg, Bauer, Oberbürgermeister Delbrück, Stadträthe Fehlhaber und Penner betheiligten. Es handelte sich dabei wesentlich um

ie Vermeidung von Zugluft bei der Ventilation im Stadtverordnetensaale und die Wegeanlagen vor dem Olivaerthor-Lazareth, wo namentlich Stadtv. Topp einen breiteren Promenadenweg wünschte, während von anderer Seite das Bedürfniß nach Anlage breiterer Wege bestritten wurde. Abänderungsanträge zu der Magistrats-Vorlage wurden nicht gestellt.

Da das Lazareth am Olivaerthor den erheblich wachsenden Anforderungen nach Aufnahme von Kranken wegen räumlicher Beschränkung nicht mehr genügen kann und bis zur Fertigstellung des geplanten neuen großen Lazareths noch 4—5 Jahre vergehen werden, soll auf dem Garten-Terrain des Stadtlazareths am Olivaerthor eine neue Krankenbaracke für 32—40 Patienten aus Holz mit Verfüllung der Wände und des Untergrundes errichtet werden, wozu die Bewilligung der anschlagsmäßigen Kosten einschließlich der inneren Ausstattung mit 27 600 Mk. beantragt wird. Die Ausstattung soll in der Weise erfolgen, daß die Ausstattungsgegenstände später in das neue Lazareth übernommen werden können. Diese Vorlage erregt eine längere Debatte.

Stadtv. Dr. Lehmann stellt die Anfrage an den Magistrat, ob in dieser Angelegenheit mit den anderen Krankenhäusern der Stadt freundschaftlich verhandelt worden sei und für die 32 Kranken nicht in der Weise gesorgt werden könnte, daß sie von jenen Anstalten übernommen würden. — Stadtv. Richter bemerkt, daß die Krankenhäuser, wenigstens das zu St. Marien derart in letzter Zeit überfüllt gewesen sind, daß die Kranken auf den Corridoren placirt werden mußten. — Dr. Lehmann replicirt darauf: Wenn Herr Richter sagt: Wenigstens das St. Marien-Krankenhaus, so darf er nicht behaupten, die, also alle Krankenhäuser seien überfüllt. Im übrigen habe ich meine Anfrage nicht an Herrn Richter gestellt. (Heiterkeit.) Ich glaube, selbst an das St. Marienkrankenhaus wäre es möglich gewesen, heranzutreten und vielleicht durch gütliche Verhandlungen zum Ziele zu kommen. — Stadtv. Wanfried: Ich kann dem Stadtv. Dr. Lehmann erklären, daß seitens des Diakonissen-Krankenhauses derartige Wünsche nicht erfüllt werden können. Dasselbe ist derart überfüllt, daß viele Kranke abgewiesen werden müssen.

Oberbürgermeister Delbrück: Die Ueberfüllung der Krankenhäuser war uns bekannt. Aber nicht allein hier, auch anderwärts ist das Verhältniß derartig, daß die Krankenhäuser den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr entsprechen können. Die Frequenz hat stetig zugenommen. Wir können die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß wir Kranke der ärmsten Klassen der Bevölkerung abweisen und sie zurückschicken müssen in ihre mangelhaften Wohnungen, wo die Verhältnisse oft ganz unhaltbare sind. Darum sannen wir auf Abhilfe. Zunächst wurde vorgeschlagen, es sollten zwei sogen. Döcker'sche Baracken aufgestellt werden, wie wir sie schon haben. Diese würden einige 30 000 Mk. gekostet haben. Aber sie haben lange nicht den Werth als die vorgeschlagene Holzbaracke. Im äußersten Falle können in einer solchen Döcker'schen Baracke höchstens 16 Kranke untergebracht werden, theoretisch allerdings 24. Deshalb kamen wir auf den Gedanken, ein Interimisticum zu schaffen, d. h. eine Baracke aufzustellen, die schnell gebaut werden kann, sehr lange hält, und die man in der Lage ist, unbeschränkt auszunützen. Die Baracke ist so einzurichten, daß 32 Kranke ohne Mühe, im Nothfalle auch 40 untergebracht werden können. Wir können sie auch so einrichten, daß die Geschlechter isolirt und mit Rücksicht auf die Art der Krankheit isolirte Stationen geschaffen werden, wie z. B. bei Epidemien. Durch die Baracke würden allerdings 2000 Mk. Mehrkosten entstehen, aber dafür ist sie auch so, wie wir sie besser nicht wünschen können. Im Magdeburger Krankenhause sind solche Baracken mit bestem Erfolge in Benutzung. Die Kosten belaufen sich noch nicht einmal auf 15000 Mk. Darin ist eine ganze Reihe von Inventarienstücken schon enthalten, die u. a. auch an anderer Stelle verwendet werden können. Wir werden also im großen und ganzen damit zu rechnen haben, daß wir einmalig 12 000 Mk. aufwenden, auf vier Jahre vertheilt giebt dies pro Anno 3000 Mk. Es fragt sich, ob wir für diesen Betrag irgend ein Privatgrundstück miethen könnten. Das ist unbedingt zu verneinen. Die Privathäuser sind auch nicht immer zu verwenden wegen ihrer Unzweckmäßigkeit. Etwaige Umbauten, die zu machen wären, müßten später wieder beseitigt werden. — Daß das Diakonissen- und Marienkrankenhaus mit uns gemeinschaftlich eine solche Holzbaracke bauen wollte, halte ich für unwahrscheinlich. Daß die Baracke, so lange wir sie brauchen werden, auch aushält, haben die Erfahrungen gezeigt, die an den an der Weichsel aufgestellten Baracken gemacht worden sind. Die Baracke heizt sich auch gut. Ich habe den Eindruck, daß wir mit der Baracke nicht in Verlegenheit kommen werden.

Stadtv. Dr. Lehmann meint, der Kernpunkt seiner Anfrage sei noch nicht beantwortet. Wenn die Krankenhäuser so überfüllt seien, daß sie nicht ausreichen, so seien sie doch von selbst genöthigt, zu bauen und sich zu vergrößern. Vielleicht ergriffen sie gerade jetzt die Gelegenheit dazu, wenn wir an sie herantreten. Für den Fall der Epidemien würden eine oder zwei Baracken mehr nicht unangenehm sein. So lange die Anfrage an die Krankenhäuser nicht gerichtet ist, werde ich dem Vorschlage des Magistrats auf keinen Fall zustimmen.

Stadtv. Wanfried stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters voll und ganz zu. Er habe viel mit Döcker'schen Baracken zu thun gehabt und wisse, daß sie viel ungeeigneter seien, als die geplanten Holzbaracken.

Stadtv. Dr. Liévin trägt Bedenken, die 27 600 Mk. zu bewilligen. Die Baracke würde erst benutzbar sein, wenn die jetzt herrschenden epidemischen Krankheiten, wie Influenza, Masern-Epidemie, Entzündungen der Brustorgane, ziemlich vorüber seien. Ob die Baracke überhaupt noch in den paar Jahren bis zur Herstellung des neuen Lazareths in Benutzung genommen werden wird, werde der Zukunft anheimgegeben werden müssen. Wir können uns ganz gut mit dem Ankauf einer oder zweier Döcker'scher Baracken begnügen. Der Andrang zu dem städtischen Lazareth wird doch wesentlich nachlassen, wenn die im Lazarethetat vorgeschlagene Erhöhung der Verpflegungssätze in Kraft getreten ist. Er beantrage, den Antrag des Magistrats abzulehnen, dagegen dem Magistrat die Mittel für zwei Döcker'sche Baracken (ca. 32 000 Mk.) zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Delbrück: Die Döcker'schen Baracken sind schlechter und theurer. Aus wirthschaftlichen Gründen haben wir sowohl in der Commission wie im Magistrat den Bau der Holzbaracke beschlossen. Die Döcker'schen Baracken kosten 32 000 Mk., eine einzige also 16 000 Mk. mit Inventar, ohne dasselbe 8000 Mk. Ich habe mit dieser Art Baracke viel gearbeitet und den Eindruck gewonnen, daß sie auch nicht neu bleiben, denn sie nutzen sich schnell ab. Herr Dr. Liévin hat auf zukünftige Epidemien exemplificirt. Ja, wir können auch die Holzbaracke für solche Fälle benutzen. Dazu kommt noch, daß die Holzbaracke viel leichter heizbar ist, während die leichten Döcker'schen Baracken sich sehr schwer erwärmen lassen. Auch sehr viel bessere Nebenräume sind in der Holzbaracke vorhanden. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Zudrang zu den Krankenhäusern dauernd zunimmt, nicht allein zu Zeiten epidemischer Krankheiten. Die Holzbaracke ist vom wirthschaftlichen Standpunkte und von demjenigen einer rationellen Verwaltung aus zweckmäßiger als der Ankauf Döcker'scher Baracken. Sie läßt sich auch auseinandernehmen und auf einer beliebigen Stelle wieder aufschlagen, wenn sie für das Lazareth nicht mehr gebraucht wird.

Stadtv. Lehmann: So viel ich gehört habe, ist die Baracke, wenn sie erst abgebrochen ist, nach dem Urtheil aller Sachverständigen ziemlich werthlos. Ich würde für den Antrag Liévin eintreten, da ich ihn für einen guten Ausweg in dieser Frage halte.

Stadtbaurath Fehlhaber verwahrt sich dagegen, daß er etwa zu den Sachverständigen gehöre, die die Baracke nach ihrem Abbruch für werthlos halten. Beim Abbruch und Wiederaufbau würden ja hie und da Ergänzungen vorzunehmen sein, in der Hauptsache aber sei das Gebäude ohne große Kosten verlegbar.

Stadtv. Dr. Semon: Die Calamität der Ueberfüllung der Krankenhäuser herrscht nicht nur hier, sondern überall, ganz besonders in Berlin. Das liegt 1. an der Zunahme der Bevölkerung überhaupt, 2. daran, daß jetzt andere hygienische Ansprüche gestellt werden als ehemals, 3. an der Entwicklung des Krankenkassenwesens. Ich halte es für sehr praktisch, was in unserer Verwaltung vorgeschlagen wird.

Stadtv. Herzog theilt persönliche Erfahrungen mit, die er bei häufiger Aufstellung von Döcker'schen Baracken nach Auftrag der Militärverwaltung gemacht hat, die darin gipfeln, daß er namentlich wegen der schweren Heizbarkeit der sehr leichten, für den Transport und schnelle Aufstellung als Feldlazarethe bestimmten Döcker'schen Baracken nur den Bau der Holzbaracken empfehlen kann. Daß dieselben leicht abzubrechen und an anderen Orten wieder aufzustellen seien, wisse jeder Bauverständige. — Stadtrath Dr. Damus erwidert dem Stadtv. Brunzen in Bezug auf eine Anfrage wegen Schließung der Schulklassen bei epidemischen Krankheiten, daß bei einem größeren Procentsatz erkrankter Schulkinder die Schule allerdings geschlossen werden soll. Im übrigen sei das Sache der Polizeibehörde. Stadtv. Brunzen will bei der Berathung des Schuletats noch einmal auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird bei der Abstimmung der Antrag des Herrn Dr. Liévin mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt und der Magistrats-Antrag (Bau der Holzbaracken) mit großer Mehrheit angenommen.

Für Provinzialabgaben pro 1899 wird der Betrag von 8490 Mk., für Einführung elektrischen Stromes ins Lazareth Sandgrube und Beschaffung eines Roentgen-Apparates der Betrag von 91 Mk. nachbewilligt und die Pensionirung des Stadtbauwarts Enlert vom 1. Mai d. Js. ab mit dem jährlichen Pensionssatze von 2100 Mark genehmigt.

Schließlich wird wieder eine Reihe von Special-Etats pro 1900 berathen und in erster Lesung festgestellt, und zwar:

1. Etat des Lazareths am Olivaerthor: Einnahme 105 500 Mk., darunter Zinsen an Stiftungskapitalien und Grundeigenthum 41 769 Mk., Ausgabe 177 020 Mk.
2. Etat des Lazareths in der Sandgrube: Einnahme 76 120 Mk., Ausgabe 170 520 Mk.
3. Arbeitshaus: Einnahme 31 980 Mk., Ausgabe 115 560 Mk.
4. Feuerwehr: Einnahme 8110 Mk., Ausgabe 157 820 Mk.
5. Straßenreinigung: Einnahme 20 680 Mk., Ausgabe 140 720 Mk.
6. Allgemeine Armen-Verwaltung: Einnahme 60 310 Mk., Ausgabe 407 340 Mk., darunter directe Geldunterstützungen 210 528 Mk., Bekleidung der Armen 5470, Krankenpflege 35 812, Pflegekinder 21 750, Zahlungen an auswärtige Armen-Verbände 48 530, Beerdigungen 6340, Zuschüsse für Anstalten 73 667 Mk.

Einzelne dieser Etats führten zu längeren bezw. kürzeren Erörterungen. In den Lazareth-Etats sind die Kur- und Verpflegungssätze dem Selbstkostenpreise entsprechend, für Berufsgenossenschaften, Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt und den Fiscus für einheimische Kranke auf 2,50 Mk., für auswärtige bei leichteren Kranheitsfällen auf 2,50, bei schwereren auf 3,50 Mk., für die hiesigen Krankenkassen auf 1,50 Mk. erhöht. Der Referent Hr. Dr. Liévin wünscht die ersteren Sätze auf 2 Mk. herabzusetzen. Dagegen sprachen die meisten Redner.

Oberbürgermeister Delbrück hebt hervor, daß die Stadt leistungsfähigen, gesicherten Gemeinschaften doch keine Geschenke auf Kosten der Steuerzahler machen dürfe. Es handelt sich hier meistens um Kranke, die aus Gefängnissen oder von Berufsgenossenschaften den Krankenhäusern überwiesen werden und diesen besonders viele Schwierigkeiten machen. Es hat hier auch eine gemeinschaftliche Berathung mit Vertretern der Vorstände des Marien- und des Diakonissen-Krankenhauses stattgefunden, ob eine Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten auch an diesen für nöthig erachtet würde. Herr Dekan Scharmer hat dann aber schriftlich erklärt, daß dies beim Marien-Krankenhause nicht zulässig sei, da es eine Wohlthätigkeitsanstalt sei. Vom Diakonissenhause sei eine bestimmte Erklärung noch nicht abgegeben worden. Redner empfiehlt die Etatsansätze.

Stadtv. Münsterberg führt in eingehender Darlegung aus, daß Anträge, die darauf hinausgingen, die Sätze dem Selbstkostenpreise entsprechend zu erhöhen, schon früher von Jahr zu Jahr gestellt worden seien. Damals habe man es immer mit Rücksicht auf die Krankenkassen, die junge Unternehmungen waren, unterlassen. Heute stehen die Krankenkassen auf einer guten Grundlage und da sei es angebracht, von ihnen auch eine mehr angemessene Leistung zu verlangen. Der Satz von 1,50 Mk. deckt noch immer nicht den Selbstkostenpreis, da dieser 2,50 Mk. betrage. Redner ist auch dann dafür, es bei dem vorgeschlagenen Satze zu belassen, wenn die Privatanstalten nicht für eine Erhöhung zu haben seien. Noch besser als die Krankenkassen ständen die Berufsgenossenschaften, die für ihre Arbeiter zu sorgen haben und ihren Geldbedarf durch Umlagen von den Unternehmern erheben. Hier habe die Stadt doch erst recht keine Veranlassung, Almosen zu geben. Weiter tritt Redner den Ausführungen des Referenten entgegen, der sich dagegen erklärt hat, daß bei schweren Krankheiten 1 Mk. pro Tag mehr erhoben wird, da es sich hier meistens um Kranke handelt, die Wochen, ja Monate hindurch behandelt werden müssen und durch die große Sorgfalt der Beobachtung, durch große Operationen und eigenartige Kuren besonders kostspielig würden. In erster Linie habe die Versammlung für die Interessen der heimischen Bürgerschaft zu sorgen, die Fremden kämen erst in zweiter Linie. — Oberbürgermeister Delbrück tritt nochmals dafür ein, daß man auf die Krankenkassen Rücksicht nehmen müsse, da diese mitunter wohl noch nicht im Stande sind, mehr als 1,50 Mk. zu zahlen. Bei den anderen Kassen liegen Bedenken gegen eine weitere Erhöhung der Sätze nicht vor.

Stadtv. Wanfried gab für den Vorstand des Diakonissen-Krankenhauses die Erklärung ab, daß dort die Erhöhung der Sätze sofort folgen werde, sobald die Stadtverordneten-Versammlung die hier vorgeschlagene beschlossen habe. — Nach einigen weiteren Bemerkungen des Referenten, des Oberbürgermeisters und der Stadtv. Herzog und Simson wurden die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze, gegen welche nur der Referent stimmte, angenommen.

Beim Feuerwehr-Etat fragt Stadtv. Schmidt an, ob nicht die Anschaffung eines zweiten Sanitätswagens angebracht erscheine. Es sei ihm ein Fall bekannt, wo der Wagen für einen dringenden Krankentransport nicht zu haben war, da er reparirt werden mußte. — Stadtrath Kosmack bemerkte dazu, daß es nur ein seltener Unfall war, daß der Wagen an sieben Tagen nicht benutzt werden konnte. Es ist zwar dafür Sorge getragen, daß sowohl ein Hinterwie ein Vorderrad zur Reserve dastehen; damals waren aber gleichzeitig beide Hinterräder gebrochen. — Stadtv. Schmidt bleibt dabei, daß, da jeder Wagen zerbrechlich sei, sich die Anschaffung eines zweiten Sanitätswagens empfehle. — Stadtrath Kosmack hält dem entgegen, daß ein solcher Wagen nicht billig sei und daß bisher immer ein Wagen ausgereicht habe. Die Sache könne ja aber in Erwägung genommen werden. — Oberbürgermeister Delbrück hält einen Sanitätswagen ebenfalls für ausreichend, führt aber weiter an, daß der Sanitätswagen jetzt zu häufig, öfter schon bei ganz kleinen Verletzungen verlangt werde. Wenn Jemand ein hohler Zahn schmerze, rufe er nach dem Sanitätswagen. Erwägungen betreffs des Schmidt'schen Vorschlages stellte auch der Oberbürgermeisters in Aussicht.

Stadtv. Dr. Giese regt die Anstellung eines zweiten Brandmeisters an, die er besonders mit Rücksicht auf die Vorstädte für nöthig hält. — Stadtrath Kosmack theilt mit, daß in nicht zu ferner Zeit eine Reorganisation des Feuerwehr-Instituts, eine Verlegung oder Theilung desselben werde erfolgen müssen, die nach Bebauung der Südfront des Festungsgeländes unabweisbar sein würde. Der Magistrat denke an die Errichtung eines zweiten Depots au; der Pfefferstadt in dem dortigen Pferdestall Etablissement. Wenn an diese Neuorganisation herangegangen werde, würde man auch die Frage wegen des zweiten Brandmeisters zu lösen haben. Die weiteren Erörterungen betrafen das Verhältniß des Brandmeisters als Reserve-Offizier. Es wurde hervorgehoben, daß bei den Offizieren der Feuerwehr die Eigenschaft als Pionier-Reserve-Offizier als besonders wünschenswerthe Qualification zu erachten sei. — Die weiteren kurzen Debatten waren unerheblich.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde einer schwer kranken Lehrerin zu einer Kur in Nizza eine Unterstützung von 400 Mk., einem Bureau-Assistenten für lange Vertretung eines erkrankten Secretärs eine Gratification von 300 Mk. bewilligt. Dann wählte die Versammlung zu Mitgliedern der Commission für Einschätzung der Forensen die Herren Berniche, Kownatzky, Wieler, Kadisch, J. J. Berger, Heinrich Brandt, Rendant Lukas und Stoddart, zum Mitgliede der Pferdemusterungs-Commission Herrn Stadtv. Fischer, zu Armen-Commissions-Vorstehern die Herren Rentier Alb. Schütz und Fabrikbesitzer Kämmerer, zu stellvertretenden Armen-Commissions-Vorstehern die Herren Klempnermeister Otto Jungahn und Restaurateur Matschoß.

---

* **[Von der Weichsel.]** Auf der ganzen preußischen Weichsel herrscht schwaches Grundeistreiben durchschnittlich auf halber Strombreite. Der Eisstand der Nogat ist unverändert.

Heutige Wasserstände: Bei Thorn 2,38, Fordon 2,44, Culm 2,26, Graudenz 2,70, Kurzebrack 3,04, Pieckel 3,30 Dirschau 3,52, Einlage 2,62, Schiewenhorst 2,52, Marienburg 1,44, Wolfsdorf 1,30 Meter.

Aus Warschau wird heute 3,41 (gestern 3,05) Meter Wasserstand gemeldet.

---

* **[Provinzial-Museum.]** Die Provinzial-Commission zur Verwaltung der westpreußischen Provinzial-Museen hat den Herren Consul Heinrich Brandt und Consul Albert Meyer hier, angesichts ihrer besonderen Förderung der Aufgaben des Museums, Diplome zugehen lassen, welche in der Kunstanstalt von Meisenbach, Riffarth u. Co. in Berlin ausgeführt sind.

△ **[Deutsche Colonialgesellschaft.]** Im großen Saale des Schützenhauses hielt gestern Abend vor einem ziemlich zahlreichen Auditorium Herr Superintendent D. Merensky einen $1^1/_2$stündigen Vortrag über die evangelische Mission in Afrika.

Redner wies zunächst auf die hohe Bedeutung des Missionswerkes im allgemeinen, des evangelischen im besonderen, hin. 15 000 Männer und Frauen sind für dasselbe thätig. 55 Mill. Mk. würden jährlich dafür aufgewendet. Die hervorragende Wichtigkeit der Mission tritt vor allem bei der Eingeborenenfrage zu Tage. Es ist ein gewaltiger Irrthum, anzunehmen, daß die eingeborene Bevölkerung der überseeischen Länder im Aussterben begriffen sei. Im Gegentheil, sie vermehrt sich in außerordentlichem Maße. Das kann man allein schon bei den Negern der Vereinigten Staaten, den früheren Sklaven, wahrnehmen. Auch die Schwarzen Afrikas nehmen an Zahl ständig zu. Die Klugheit heißt uns nun fragen: Was wird aus den Eingeborenen? Das ist für Afrikas Entwicklung ein Cardinalpunkt, denn sie sollen uns doch helfen, die Hilfsquellen des Landes zu erschließen, unsere Colonien in die Höhe zu bringen. Es fällt ins Gewicht, daß man nur ganz kleine Gebiete dieses Erdtheils als wirkliche Plantagengebiete bezeichnen kann. Große Länderstrecken giebt es, wo sich der Anbau der Scholle nur für die Eingeborenen lohnt. Wenn dieselben aber beitragen sollen, europäische Cultur zu verpflanzen, so müssen sie zu allererst Christen werden. Denn die Uncultur wird nur durch das afrikanische Heidenthum verursacht. Der Aberglaube und die Vielweiberei sind die Hauptwurzeln des Uebels. Der Afrikaner ist seinem Häuptling so tief ergeben, weil er in ihm den Vermittler der unsichtbaren Welt sieht, in gewissem Sinne seinen Heiland. Wenn wir nun den Brüdern Afrikas das Christenthum nicht bringen würden, dann wird sich der Mohammedanismus ihrer annehmen. Denn der Neger sucht nach einer höher stehenden Religion, deshalb ist ihm derjenige Missionar willkommen, der sich zuerst Einfluß verschafft. Männer wie Schweinfurth und Wißmann sehen jedoch im Moslemiten den größten Feind, der auch unseren eigenen Interessen höchst gefährlich werden könnte. Zum Glück hat die Missionsthätigkeit gerade in Südafrika bereits schöne Erfolge erzielt. Es leben z. Zt. dort ca. 550 000 getaufte Christen. Der Vortragende schilderte nunmehr in anschaulicher Weise seine Erfahrungen, die er 1891 als Missionar der Berliner Missions-Gesellschaft in Deutsch-Ostafrika, wo dieselbe bereits 12 Stationen besitzt, gesammelt hat. Die Expedition, mit der er dort hinreiste, in der sich vier Missionare, drei Handwerker und zwei Christen gewordene Eingeborene befanden, die in Deutschland ihre Schulbildung vervollständigt hatten und jetzt nach ihrer Heimath zurückkehrten, zog die Wasserstraße den Zambesi aufwärts bis zum Nyassa. Dort in dem Gebirgslande, das die Khonde bewohnen, schlugen die Heilsboten ihre Hütten auf. Die Gegend, deutscher Colonialbesitz, ist von herrlicher Naturschönheit und äußerst fruchtbar, das Klima durchaus nicht trocken, da die monatelange Regenperiode übergenug Feuchtigkeit herbeiführt. Die Khonde-Neger stehen von allen südafrikanischen Völkerschaften am höchsten in der Cultur. Sie sind kein Raubstamm, sondern friedliebend und ackerbautreibend. Sonderbar nimmt es sich aus, daß sich in ihren Gebräuchen indische Züge vorfinden, was vielleicht darauf schließen läßt, daß die Khonde ehemals von der arabischen Küste nach jener Gegend wanderten. Ihre Sitten sind keineswegs rauh; grausame Handlungen entsetzlichen Aberglaubens üben sie nicht. Freundestreue z. B. halten sie bis in den Tod auf dem Schlachtfeld. Ihre Schöpfungsgeschichte stellt das Weib als schuldlos und rein hin, dagegen den Mann als den ersten Sünder. Auch ihre Religion ist ziemlich ausgebildet, so haben sie den Glauben an ein Todtenreich und an Gott, nicht an Götter. Von ihren Sagen erzählte Redner eine lieblich anmuthende, in der die Mutter- und Kindesliebe verherrlicht wird. Zur Missionspraxis übergehend, legte D. Merensky dar, wie er sich allmählich das Vertrauen und die Dankbarkeit der Khonde erworben habe, wobei die Krankenbehandlung sich sehr wirksam erwies. Die baldige Erlernung der Sprache ist Nothwendigkeit für den Missionar. Der Vortragende hat die Schriftsprache der Khonde nach Aneignung des Dialekts geschaffen und dadurch die Bibelübersetzung ermöglicht. Interessant war es, zu hören, daß die Ziegelfabrikation eifrig auf den Stationen des Landes betrieben wurde zum Bau von Häusern und — was natürlich einer späteren Zeit vorbehalten bleibt — Kirchen. Ein betrübendes Merkmal des Negercharakters ist der Pessimismus, der die erschreckende Zahl der Selbstmorde zeitigt, weil eben die Leute keinen Trost im Ungemach kennen.

Mit einem warmen Appell für die Sache der evangelischen Mission schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Erörterungen.

---

* **[Luftkurort „Dreischweinsköpfe“.]** Wie wir vor einiger Zeit mittheilten, hat Herr Gutsverwalter Gurra das incl. 65 Morgen Wald 115 Morgen große, bisher zum Gut Matzkau gehörige Vorwerk „Dreischweinsköpfe“ käuflich erworben und beabsichtigt diese Besitzung zu einem Luftkurort, verbunden mit Vergnügungs-Etablissement, umzuwandeln. Zu diesem Zwecke sollen zunächst die mit Buchenwald besetzten Höhenzüge noch mit Unterholz angeschont, auch bequeme Wege zu dem Plateau, von dem man bekanntlich eine herrliche Aussicht hat, angelegt werden. Ferner sollen die in den Waldhöhen befindlichen Quellen insofern ergiebig ausgenutzt werden, als Herr Gurra terrassenförmig drei Teiche zur Forellen- und Goldkarpfenzucht anlegen will. Das alte Etablissement mit dem bekannten Wappen der „Drei Schweinsköpfe“ bleibt zwar einstweilen bestehen, wird aber mit neuer großer Veranda versehen und erhält einen mächtigen Anbau in Form eines 22 Meter langen, 17 Meter breiten und 9 Meter hohen Saales mit Bühne sowie einen 20 Meter hohen Ausguckthurm. Vor dem Neubau werden Gartenanlagen angepflanzt. Neu angelegt wird ferner eine Einfahrt für circa 20 Wagen und ihre Bespannung. Am Waldessaum bis zur Matzkauschen Brücke sollen dann vorläufig zehn Villen gebaut werden. Die Zeichnungen zu den Bauten liegen bereits vor, auch ist mit der Fundamentirung der Häuser und mit den erforderlichen Waldarbeiten bereits begonnen worden. Der Neubau des Saalgebäudes soll Anfangs des Sommers fertig sein. Man hofft, daß später die elektrische Straßenbahn von Ohra bis St. Albrecht verlängert werden und somit einen directen Verkehr mit dem waldreichen neuen Kurort vermitteln wird.

---

* **[Gartenbau-Verein.]** Die vorgestrige General-Versammlung begann mit Ertheilung der Entlastung für den Schatzmeister auf Grund des Berichtes der Rechnungsrevisoren; sodann wurden verschiedene auf das am 17. März abzuhaltende Stiftungsfest bezügliche Fragen verhandelt. Herr Stadtgärtner C. Tapp hielt hierauf einen Vortrag über „Anpflanzungen in Städten“, in welchem er zunächst auf die allseitig anerkannte Wichtigkeit der Gartenanlagen und Baumpflanzungen für die Stadtbevölkerung hinwies. Vor allem betonte er die Nothwendigkeit, gerade die dichtbebauten und von den ärmeren Volksklassen bewohnten Stadttheile mit öffentlichen Anlagen zu versehen, damit jenen, die in schwerer Arbeit ständen und nicht oft Gelegenheit haben, Erholung außerhalb der Stadt zu suchen, die Wohlthat des Aufenthaltes im Freien in der Nähe ihrer Wohnungen geboten würde. Gleichzeitig trat Herr Tapp dem noch vielfach verbreiteten Glauben entgegen, daß die weniger gebildeten Volksschichten zur Zerstörung der Pflanzungen geneigt seien; bei Ausübung seines Amtes habe er vielmehr beobachtet, daß gerade die besser situirten Kreise die Schuld an Beschädigung der Anlagen trifft, indem sie es dulden, daß die die Spaziergänger begleitenden Hunde über Blumengruppen und Rasen dahintoben und dabei einen oft nicht auszubessernden Schaden anrichten. Die weiteren Ausführungen bezogen sich hauptsächlich auf die Baumpflanzungen in Straßen und Alleen. Dabei wurden genaue Angaben über das Verfahren beim Pflanzen, Bodenerneuerung, Art und Befestigung der Pfähle, Schneiden der Krone, Schutzkörbe etc. gemacht. Ebenso gab der Vortragende eingehende Mittheilungen über die Entfernungen, welche die einzelnen Baumarten von einander beanspruchten und aus welchen zu entnehmen war, daß eben nur Straßen von gewisser Breite mit bestimmten Baumarten bepflanzt werden dürften. Es kann leider nicht näher auf den interessanten Vortrag hier eingegangen werden, doch sei noch besonders hervorgehoben, daß auch Hr. Tapp die Nothwendigkeit betonte, daß gleich bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die mit Bäumen zu bepflanzenden Straßen in genügender Breite und auch ausreichende Plätze für Anlagen vorzusehen seien. Im Laufe des Vortrages ergaben sich von selbst zahlreiche Hinweisungen auf die in unserer Stadt bestehenden Verhältnisse, sowie die Nothwendigkeit, Wandel zu schaffen. Nachdem die Versammlung durch Erheben von den Sitzen gedankt, entspann sich eine längere lebhafte Discussion, welche zum Theil technische Einzelheiten betraf, u. a. auch eine erfreuliche Einmüthigkeit darüber bekundete, daß es die höchste Zeit sei, den „Winterplatz“ von seiner bisherigen Bepflanzung, die weder zweckmäßig noch schön sei, zu befreien; dabei stellte es sich heraus, daß die noch heute vorhandene Ausstattung eigentlich nur eine provisorische hatte sein sollen. Von Herrn A. Bauer war eine schöne Gruppe getriebenen Flieders in mehreren Sorten ausgestellt, darunter auch die neue Maxime Cornu, beigegeben waren blühende Vergißmeinnicht der Sorte M. oblongata perfecta und eine reizende gelbblühende Staude Primula verticillata. Die Gruppe erhielt eine Monatsprämie. — Der vorgeschrittenen Zeit halber mußten einige Sachen unerledigt bleiben, z. B. die Haftpflichtversicherung in Bezug auf den Gärtnereibetrieb und die Stellungnahme des Vereins zu der von Marienburg angestrebten Gründung eines westpreußischen Obstbauvereins, über dessen Ziele sich Herr Rentier Domnick-Kunzendorf äußerte.

---

* **[Commando zur Schießschule.]** Die Herren Oberleutnants Güttich vom 72. und Boisserée vom 36. Feldartillerie-Regiment sind von morgen ab bis zum 31. März zur Feldartillerie-Schießschule in Jüterbogk abcommandirt worden.

---

* **[Pastoralcursus.]** In der Zeit vom 20. d. Mts. bis zum 2. März findet in Posen für die Provinzen Westpreußen und Posen ein Cursus für pastorale Seelsorger statt, zu dem sich von hier aus Herr Generalsuperintendent D. Döblin am 19. d. Mts. dorthin begiebt.

---

z. **[Männer-Turnverein Danzig.]** Gestern feierte der Männer-Turnverein sein diesjähriges Winter-Schauturnen in der Turnhalle auf dem Winterplatz. Nach einem flotten Aufmarsch wurden unter Leitung des Turnwarts Herrn W. Brigee die ziemlich schwierigen Hantelübungen, welche vielen Beifall fanden, ausgeführt. Hierauf begrüßte der Vorsitzende Herr Wiesenberg die Erschienenen (ca. 300 Personen) und bemerkte, daß heute nur ein Bild, wie es allabendlich auf dem Turnplatze zu sehen ist, gezeigt werden solle. Die Glanzübungen sollen erst auf dem Stiftungsfeste, welches am 10. März im Schützenhause stattfindet, gezeigt werden. Die Vereinsangehörigen brachten ihren Gästen ein „Gut Heil“ als Dank für das gezeigte Interesse. Alsdann wurden in sechs Riegen am Pferd, Barren, Bock, Springel, Trapez und Hanteln im Wechsel geturnt, wobei sich in der Altersriege Herren bis zu 65 Jahren noch so flott und behende wie die jüngsten betheiligten. Auch das Kürturnen sowie verschiedene Gladiatorenspiele fanden lebhaften Beifall. — Eine gemüthliche Festkneipe im Vereinslokale folgte den Uebungen.

E. **[Krieger-Verein Schidlitz.]** In der gestrigen Sitzung kam die Angelegenheit der Beschaffung einer Vereinsfahne zur Besprechung. Das dem Herrn Polizeipräsidenten vor einiger Zeit eingereichte bezügliche Gesuch auf Ertheilung der Genehmigung zur

Führung einer Fahne ist kürzlich abgelehnt worden. Das Gesuch ist inzwischen unter Hinweis auf die bestehenden Bestimmungen nochmals zur Prüfung vorgelegt worden; der Bescheid hierauf steht noch aus. Zur Berathung der für die Fahnenweihe zu treffenden Vorbereitungen wurde eine Commission von 10 Mitgliedern gewählt.

-r. **[Strafkammer.]** Wie vorsichtig man mit Angaben vor Gericht sein muß, wurde heute durch eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer dargethan. Der Kaufmann Johannis v Malotki wurde beschuldigt, vor Gericht eine eidesstattliche Versicherung wissentlich falsch abgegeben zu haben. M. betreibt in Langfuhr ein Material- und Colonialwaarengeschäft. Die Waaren bezog er zum Theil von dem hiesigen Kaufmann Ernst Budnowski, welcher seinerseits die Waaren wieder von der Engros-Firma Hempelmann-Stettin bezog. Im August v. J. gerieth Budnowski in Vermögensverfall, weshalb über die Forderungen, welche er noch ausstehen hatte, von der Firma Hempelmann Arrest ausgebracht wurde. Der Angeklagte hatte damals an Budnowski 465,70 Mk. zu zahlen. In einer schriftlichen Versicherung, die er dem Gericht überreichte, gab er diese Summe wesentlich niedriger an. Das Gericht fand den Angeklagten des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig und erkannte auf eine Gefängnißstrafe von 5 Wochen.

* **[Hauscollecte.]** Der Herr Oberpräsident hat genehmigt, daß auch in diesem Sommer bei den Bewohnern der Provinz Westpreußen zum Besten der westpreußischen **Trinker - Heilanstalt** eine Hauscollecte durch polizeilich legitimirte Einsammler abgehalten werde.

* **[Veränderungen im Grundbesitz.]** Es sind verkauft worden: Eine Parzelle von Langfuhr Blatt 235 von dem Gutsbesitzer Piltz in Müggau und dem Rentier Gaß an den Tischlermeister Franz Woick für 13 000 Mk.; Kneipab Nr. 38 von den Rentier Belck'schen Eheleuten an Dr. Waldemar Belck in Frankfurt a. M. für 19 000 Mk.; eine Parzelle von Langfuhr Blatt 235 von dem Gutsbesitzer Piltz und dem Rentier Gaß an den Zimmermeister Johannzen für 8100 Mk.

* **[Eine bemerkenswerthe Neuerung im Eisenbahnverkehr]** ist seit kurzem in Kraft getreten, bisher aber nicht allgemein bekannt geworden. Auf sämmtlichen deutschen Eisenbahnen können fortan die Mitglieder von Krankenkassen, die von den Kassen in eine Heilanstalt oder in Erholungs- und Kurorte gesandt werden, in der dritten Wagenklasse für den Militärfahrpreis mit 25 Kilogr. Freigepäck fahren. Die Zugehörigkeit zur Kasse und der Zweck der Fahrt ist durch eine Bescheinigung des Kassenvorstandes und der Ortsbehörde nachzuweisen. Die Begleiter solcher Kranken genießen indessen keine Fahrpreisermäßigung.

Vermischtes.

Prozeß v. Kriegsheim.

Eine Reihe der am Montag verhandelten Fälle bezeugen weiter, wie der Angeklagte die Cavaliere, Rittergutsbesitzer und Offiziere, die sich an ihn wegen Discontirung von Wechseln wandten, schädigte, indem er ihre Interessen ganz und garnicht wahrnahm. Zwei junge Offiziere, die in brennender Geldverlegenheit waren, wandten sich durch Vermittlung eines Dritten an die in solchen Dingen nicht unerfahrene Frau Rosa v. Quitzow. Der Vermittler übergab Frau v. Quitzow einen von den Offizieren ausgestellten Wechsel über 1500 Mk. unter der schriftlichen Verpflichtung, binnen drei Tagen die Valuta zu beschaffen oder den Wechsel zurückzugeben. Frau v. Quitzow hat dann den letzteren durch Herrn v. Kriegsheim discontiren lassen, dieser hat auch 1450 Mk. darauf erhalten. Frau v. Quitzow hat nun keinen Einspruch dagegen erhoben, als ihr der Angeklagte erklärte, daß er ihr zunächst nur eine Rate zahlen könne, da er mit dem Rest ein dringendes, gleichzeitig schwebendes Geldgeschäft erledigen müsse. Der Vorsitzende rügte nachdrücklich das Verfahren der Frau v. Quitzow, die hinter dem Rücken ihrer Auftraggeber Abmachungen mit dem Angeklagten v. Kriegsheim getroffen habe, die sie nicht treffen durfte. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, daß diese Thatsache öffentlich bekannt würde, damit die jungen Offiziere erfahren, wie gut ihre Wechsel bei der Zeugin aufgehoben seien. Den Offizieren würden nur zu oft von gewissenlosen Geldvermittlern Schlingen gestellt, die sie nicht sehen.

Am Dienstag erstreckte sich die Beweisaufnahme lediglich auf die wenigen, gegen den Angeklagten Wißmann noch zu erledigenden Fälle. Die Betrugsfälle waren ganz unbedeutend, die Beweisaufnahme fiel nicht zu Ungunsten des Angeklagten aus. Der Fall Egloffstein ist bis auf weiteres zurückgestellt worden.

Die Ziethen-Angelegenheit nochmals vor Gericht.

Kiel, 13. Febr. Der hiesige Universitäts-Professor Dr. **Lehmann-Hohenberg** giebt hierselbst die Wochenschrift „Der Volksanwalt" heraus. In dieser erschien vor einiger Zeit aus der Feder des Professors ein Artikel, der sich mit dem am 22. März 1899 vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin I. verhandelten Prozeß wider den Redacteur Landauer beschäftigte. Landauer hatte, wie erinnerlich, in dem anarchistischen Organ „Der Socialist" behauptet: Der frühere Polizeicommissar Gottschalk zu Elberfeld, jetzt Districtscommissar zu Bromberg, habe in dem Ziethen-Prozeß Beweisstücke gefälscht und dadurch die Verurtheilung des Barbiers Ziethen, der unschuldig sei, herbeigeführt. Bekanntlich mißlang der von Landauer geführte Wahrheitsbeweis. Landauer wurde deshalb wegen Beleidigung des Gottschalk, unter Zubilligung mildernder Umstände, da der Gerichtshof annahm, er habe aus edlen Beweggründen gehandelt, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. In dem von Professor Dr. Lehmann-Hohenberg erwähnten Artikel wurde behauptet: „Der Districts-Commissar Gottschalk habe in Elberfeld in schlechtem Ruf gestanden, und es seien demselben dort böse Dinge nachgesagt worden." Aus diesem Anlaß wurde gegen Professor Dr. Lehmann-Hohenberg die Anklage wegen Beleidigung des Districts-Commissars Gottschalk erhoben. In der vor einigen Monaten deshalb stattgefundenen Verhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts beantragte Professor Dr. Lehmann-Hohenberg, eine Reihe von Zeugen zu vernehmen, die bekunden werden, daß das Gerücht bestanden habe: Gottschalk sei bei dem Niederwald-Denkmal-Attentat als Agent provocateur thätig gewesen. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt und vertagte die Verhandlung.

Am Dienstag fand nunmehr die neue Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts statt. Das Ergebniß derselben meldet folgendes Telegramm:

Kiel, 14. Februar. Prof. Lehmann-Hohenberg wurde wegen Beleidigung des Districts-Commissars Gottschalk **zu 600 Mk. Geldstrafe verurtheilt.** Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängniß beantragt.

* **[Goethe und die Influenza.]** In dieser Zeit der grassirenden Influenza ist es nicht uninteressant, daß auch Goethe dieser Plage einmal gedacht hat, und die betreffende Stelle mag zum Troste in der jetzigen Hustenzeit dienen. Es wird auch manchen veranlassen, seinen Band Goethe zur Erheiterung seines Stubenarrestes zur Hand zu nehmen und dabei zu finden, daß „Alles" darin „vorkommt". Es ist der Anfang eines Sonnets, betitelt „Nemesis" Nr. 11 und lautet:

„Wenn durch das Volk die grimme Seuche wüthet,
Soll man vorsichtig die Gesellschaft lassen.
Auch hab' ich oft mit Zaudern und Verpassen
Vor manchen Influenzen mich gehütet."

* **[Fünfzig finnische Fischer]** sind auf einer großen Eisscholle **ins Meer hinausgetrieben.** Mehrere Eisbrecher wurden nach ihnen ausgesandt, aber man hat bis jetzt keine Spur von den Vermißten entdecken können.

* **[Ein Liebesdrama]** hat sich am Montag Abend in Stettin abgespielt. Ein Hausdiener, Sommer, feuerte auf ein Mädchen, das von seinen Liebeswerbungen nichts wissen wollte, einen Revolverschuß ab und tödtete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf. Für das Mädchen, dem die Kugel in die linke Schläfe drang, ist einige Hoffnung zur Erhaltung des Lebens vorhanden.

Standesamt vom 13. Februar.

Geburten: Schornsteinfegergeselle Adolph Born, T. Holzarbeiter Friedrich Döttlaff, S. — Kgl. Eisenbahn-Secretär Adolph Fitzner, S. — Tischlergeselle Karl Westerwick, S. — Schiffseigner Julius Depke, T. — Schuhmachermeister Adolf Braun, T. — Werftarbeiter Rudolph Schüttke, T. — Schneidergeselle Eduard Sommer, S. — Bernsteindrechsler Eugen Labes, S. — Büchsenmacher-Anwärter Karl Ludwig Lieder, T. — Schmiedegeselle Gustav Grahl, S.

Aufgebote: Schmiedegeselle Friedrich Wilhelm Neumann und Johanna Ottilie Reinsand. — Architekt Wilhelm Moritz Kloppe und Ella Wanda Therese Wiszniewski. Sämmtlich hier. — Stückmeister August Friedrich Wilhelm Wilke von der 1. Matrosen-Division hier und Emma Auguste Zielke zu Zigankenberg.

Todesfälle: Wittwe Caroline Elisabeth Turkowski, geb. Grönke, fast 89 J. — Eigenthümer Eduard Friedrich Wilhelm Einhaus, 70 J. — Wittwe Wilhelmine Zimmermann, geb. Bladowski, fast 54 J. — T. des Zimmergesellen Albert Baumann, 10 M. — Rentenempfänger Carl Ferdinand Thomas, 62 J. — S. des Arbeiters Hermann Schwenck, 2 J. 8 M. — S. des Arbeiters August Kilian, 2 J. 3 M. — T. des Kutschers Joseph Czoska, 1 J. — Rentenempfängerin Elisabeth Krampe, 73 J. — S. d. Maurergesellen Otto Lieonitz, 12 Tage. — Wittwe Karoline Elisabeth Zacharias, geb. Rohde, fast 83 J. — T. des Marine-Werkführers Berend Berends, 23 Tage. — T. des Schuhmachergesellen Otto Krause, 7 W. — T. des Arbeiters August Nötzel, 23 Tage. — Gerichts-Secretär a. D. Heinrich Rudolf Schulz, fast 72 J. — Wittwe Susanne Henriette Herzog, geb. Roetzel, 82 J. 9 M. — S. d. Hilfsweichenstellers Josef Libotzki, 11 Stunden. — Frühere Aufwärterin Rosalie Zielke, 58 J. 8 M. — Bürstenmacher Alexander Prehn, 62 J. 9 M. — Arbeiter Friedrich Wilhelm Carm, 53 J. 6 M. — Aufwärterin Caroline Buchholz, 44 J. — T. d. Nieters Franziskus Kluck, 8 M. — Wittwe Luise Rosalie Guy, geb. Wille, 79 J. — S. d. Arbeiters Anton Slowik, 5 M. — Frau Mathilde Wiegandt, geb. Hoffmann, fast 44 J. — Fleischergeselle Friedrich Schimanski, 31 J. — S. d. Kutschers Johann Diskau, 8 M. — Arbeiter Johann Schimanski, 68 J. — T. d. Arbeiters Friedrich Ordig, 1 J. 10 M. — Wittwe Caroline Renate Kupfer, geb. Gramsdorf, 72 J. — Unehel.: 1 S.

Danziger Börse vom 14. Februar.

Weizen unverändert. Bezahlt wurde für inländischen blauspitzig 704 Gr. 130 M, bunt krank 658 Gr. 120 M, bunt 692 Gr. 130 M, hellbunt 684 und 695 Gr. 132½ M, 692 und 697 Gr. 133 M, 742, 745 und 750 Gr. 142 M, weiß bezogen 703 Gr. 130 M, hochbunt leicht bezogen 756 Gr. 138 M, hochbunt 716 Gr. 139 M, 724 Gr. 140 M, fein hochbunt glasig 761 und 766 Gr. 148 M, 777 Gr. 149 M, weiß 750 Gr. 144 M, fein weiß 766 Gr. 150 M, 772 Gr. 151 M, 788 Gr. 154 M, roth 692 Gr. 130 M, 708 Gr. 135 M per Tonne.

Roggen, schwere unverändert, andere nur billiger verkäuflich. Bezahlt ist inländischer 720, 726 und 732 Gr. 133 M, 714 Gr. 132½ M, 685 und 697 Gr. 131 M, 667 Gr. 130½ M, 655 Gr. 130 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** geschäftslos. — **Hafer** inländischer 108, 116, 118 M per Tonne bez. — **Erbsen** inländische weiße 126 M per Tonne geh. — **Wicken** inländische 108, 116, 118 M per Tonne bez. — **Weizenkleie** grobe 4,27½ M, mittel 4,20 M, feine 3,87½ M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Roggenkleie** 4,10 M per 50 Kilogr. bezahlt.

Berlin, den 14. Februar.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

517 Rinder. Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: **Ochsen** a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters — M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerthes — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M: c) gering genährte 48—52 M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — M, d) mäßig genährte Kühe u. Färsen 48—50 M, e) gering genährte Kühe und Färsen 44—46 M.

1234 Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast u. beste Saugkälber 72—74 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 65—69 M; c) geringe Saugkälber 55—65 M; d) ältere gering genährte (Fresser) 43—46 M.

1603 Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 61—64 M; b) ältere Masthammel 55—60 M, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 49—54 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

9731 Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 47 M; b) Käser — M; c) fleischige 44—46 M; d) gering entwickelte 41—43 M; e) Sauen 41 bis 43 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 75 Stück unverkauft.

Kälber. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt.

Schafe. Bei den Schafen war der Geschäftsgang glatt; es bleibt nur kleiner Ueberstand.

Schweine. Der Markt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 13. Februar. Wind: N.

Angekommen: Kasen, Jörgensen, Nexö, Steine.

Gesegelt: Princeß Alexandra (SD.), Masson, Libau, leer. — Hans (SD.), Waack, Libau, leer. — Orpheus (SD.), Beise, Stettin, Güter.

Den 14. Februar.

Gesegelt: Minna (SD.), Schindler, Ostende, Holz.

Im Ankommen: 1 Dampfer.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen der Garderobenhändler **Franz** und **Valerie** geb. **Wischniewski-Wroblewski'schen** Eheleute in Graudenz wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. (1991

Graudenz, den 13. Januar 1900.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 5. Februar 1900 ist am 8. Februar 1900 die durch Statut vom 2. Februar 1900 unter der Firma: **Pferdezucht-Genossenschaft Kgl. Kiewo,** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, mit dem Sitze in Kgl. Kiewo gebildete Genossenschaft in unser Genossenschafts-Register sub Nr. 20 eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von zur Zucht geeigneten Deckhengsten mit dem Zuchtziel: Züchtung eines kräftigen Arbeitspferdes.

Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma mit der Unterzeichnung von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern durch das „Culmer Kreisblatt".

Die Haftsumme beträgt 150 Mark.

Die Mitglieder des Vorstandes sind:

1. Rittergutsbesitzer Freiherr **Friedrich von Ripperda** zu Rossawisna,
2. Rittergutsbesitzer **Rudolph Meier** zu Eissen zu Napolle,
3. Amtspächter **Hans Hagedorn** zu Abbau Kiewo,
4. Besitzer **Wilhelm Schlegel** zu Adl. Dorposch.

Der Vorstand zeichnet für die Genossenschaft so, daß der Firma und der Benennung des Vorstandes die Unterschriften der Zeichnenden beigefügt sind. Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts Zimmer 10 Jedem gestattet. (1971

Culm, den 5. Februar 1900.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Schreibmaterialien für die Intendantur und für 44 Verwaltungen des 17. Armeecorps soll für die Zeit vom 1. April 1900 bis Ende März 1901 in öffentlicher Verdingung vergeben werden. Versiegelte Angebote nebst Proben mit der Aufschrift „Angebote auf Schreibmaterialienlieferung" sind bis zum 23. Februar d. Js., Vormittags 10 Uhr, hierher einzureichen.

Nähere Auskunft in unserem Geschäftszimmer Heilige Geistgasse 108, 2 Treppen. (1779

Garnison-Verwaltung Danzig.